

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühren

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin S.W., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Skizzen zur Schulfrage.

I.

Daß die „Ueberbürdung der Schüler mit häuslichen Arbeiten“ eine „Frage“ geworden ist, zeigt so recht deutlich die Ungezundheit und Unzulänglichkeit unseres Schulwesens. Wäre die Schule nicht systematisch vom Leben, der Unterricht von der Erziehung losgelöst worden, so hätte die Frage überhaupt nicht aufstauen können. Statt die Erziehung des Kindes in die Hand zu nehmen und ihm wenigstens Tags über ein Heim zu bieten, beansprucht die Schule das Kind nur auf eine bestimmte Zahl von Stunden des Tags, — nicht einmal lang genug, um den Schulzwecken, geschweige denn den Erziehungszwecken — zu genügen, und schiebt dann das Kind nach Haus mit einer Menge von Schulaufgaben, die zu Haus, d. h. in der Privatwohnung und Familie des Kindes, fertig gemacht werden sollen. Da nun mit den Fortschritten der Wissenschaft die Forderungen der Schule stets steigen, die Schule selbst aber über die obligatorische Stundenzahl des Unterrichts nicht hinausgehen will, so steigt naturgemäß fortwährend die Masse der Hausaufgaben.

Jetzt — auch in der Schulkonferenz — redet man nun davon, diesem Mißstand durch Verminderung der Durchschnittssumme der Hausaufgaben abzuhelfen. Dies ist jedoch ein durchaus unzulängliches Heilmittel — und zwar schon aus dem Grunde, weil sich nicht berechnen läßt, wie viel Zeit die Kinder auf diese Aufgaben verwenden. Das eine Kind arbeitet rascher als das andere, das eine hat günstigere Arbeitsbedingungen als das andere. Das eine Kind hat eine eigene Arbeitsstube, die Eltern können ihm helfen, es hat einen Privatlehrer, der ihm Nachhilfe-Stunden giebt — das andere Kind entbehrt all dieser Vortheile, oder eines Theiles derselben. Hier besteht eine Ungleichheit, der ein Ziel gesetzt werden muß, und der leicht und gründlich ein Ziel gesetzt wird durch Abschaffung der Hausarbeiten. Alle Arbeiten für die Schule sollen in der Schule gemacht werden — unter Aufsicht und Leitung (nicht Bevormundung) der Lehrer, unter gleichen Bedingungen für alle Schüler.

Durch diese Maßregel, deren pädagogische Veranlassung kein erfahrener Lehrer läugnen wird, werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen — oder richtiger drei:

1. Die Gleichheit der Arbeitsbedingungen für die Schüler wird hergestellt.
2. Die Schüler arbeiten weit besser als gegenwärtig „im Haus“ gearbeitet wird, wo nur die allerwenigsten — nicht ein Zehntel nach unseren ziemlich un-

fassenden Beobachtungen — im Stande sind, mit Mühe und ohne Ablenkung der Aufmerksamkeit zu arbeiten; und 3. endlich lernen die Lehrer die Aufgaben richtig bemessen, während ihnen jetzt jeder Maßstab fehlt.

Und warum ist diese einfache Reform — so einfach, wie das Ei des Kolumbus — nicht längst durchgeführt worden? Und warum geht man auch gegenwärtig in weitem Bogen scheu um sie herum?

Weil die heutige Schule für diese Aufgabe nicht genügende Kräfte und Mittel hat.

Mit anderen Worten: weil es an der nöthigen Zahl von Lehrern, und an den nöthigen Räumlichkeiten und Lehrmitteln fehlt.

Und warum fehlt es daran? Weil der Militarstaat den Intelligenzstaat mehr und mehr in die Ecke gedrückt hat und ihm das Futter aus der Krippe frisst.

Das Deutsche Reich hat nicht genug Geld für die Schule.

Die Kaserne geht vor der Schule.

Zur Durchführung der angegebenen Reform bedarf es eines verdoppelten und verdreifachten Schulbudgets. Und jeder Groschen, der nicht in das bodenlose Faß des Militarismus geworfen wird, das nach den Begriffen leitender Kreise „seinen Beruf verfehlt“.

Ähnlich wie mit den sogen. Hausarbeiten verhält es sich mit den Leibesübungen und gymnastischen Spielen — nur daß dieselben jetzt fast ausschließlich der Willkür und dem Zufall überlassen sind. Das Vischen Schulturnen ist verteuert wenig werth, und der Gang der Jugend nach Leibesübungen, statt methodisch im Interesse des Erziehungszwecks gepflegt zu werden, äußert sich in Rohheit und Ungezogenheit.

Wie die geistige so gehört die körperliche Erziehung der Jugend in die Schule.

Freilich — was wird dann aus der Familie?

Nun mit dieser Frage wollen wir uns ein andermal beschäftigen. Für diesmal sei nur erwähnt, daß in der Schweiz, in Frankreich und in Amerika bereits zahlreiche Schulen bestehen, in welchen die Kinder von Morgens bis Abends sind, in welchen sie lernen, arbeiten, spielen, ihre Mahlzeiten haben — und das Alles, ohne daß „die Familie zerstört“ wird, sondern im Gegentheil zur großen Befriedigung und Erleichterung der Eltern.

gethan waren, waren begierig, den so lange verwehnten Doktor zu hören um der Neugier willen. Stämmige Handwerksgehilfen kamen heran, mit Lederschürze und Lederlappen, die Hände noch heiß und die Stirnen noch feucht von der harten Arbeit. Wenn auch der Meister schalt —, heute predigte der Doktor Karlstadt und da gab's kein Arbeiten mehr. Blutige Meßger, russige Schmiede, mehligte Bäcker ranneten durcheinander. Eine Menge Bauern waren da und vermehrten das Auditorium; sie sprachen mit den Bürgern und Handwerkern von dem großen Bund, den das Volk vom Land und das Volk in der Stadt schließen müsse, um in dem bevorstehenden Kampfe zu siegen. Auch an losem Volk fehlte es nicht; man sah die weiße und rothe Kopfbedeckung der fahrenden Frauen wieder unter der Masse auftauchen. Das war ein Lärmen, ein Schreien, ein Gesittuliren, ein Lachen und Schwätzen! Alle wandelten im Drang, zu hören und zu kämpfen; sehr viele wollten reden und lehren. Wenige hatten den Beruf dazu, aber aus Allen sprach der feurige und ungestüme neue Geist der Zeit.

Wenn man diese feberhaft glänzenden Augen, diese fliegenden Haare, diese zuckenden Gesichter sah, so konnte man wohl glauben, das tausendjährige Reich sei angebrochen auf Erden und die Propheten der neuen Zeit seien an der Arbeit, das Unterste zu Oberst zu lehren.

Frei Möllner, der Bauernhauptmann, den sie zum Prosopon ernannt hatten draußen im Lager zu Neusiß, trieb sich auch in der Menge umher und hatte seine Praktik unter den Bürgern. Plötzlich gewahrte er seinen alten Feind, den Klosterförster, der sich unter der Menge bewegte. Er drängte sich zu ihm durch.

„Hoho! Alter Freund! rief er, was thust Du hier? Willst Du auch einmal hören, wie die Wahrheit gepredigt

Die Weißbücher.

Wer geglaubt hat, der Austausch einiger Landstriche in Ostafrika gegen die Insel Helgoland würde eine Umkehr in der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches bedeuten, der muß sich gründlich getäuscht sehen. Die neuesten Weißbücher über Ostafrika und in Verbindung damit die Vorlage über die stehende Schuchtruppe beweisen das strikte Gegenteil.

In den Weißbüchern wird vielleicht gerade das nicht berührt, worüber wir am dringendsten Aufschluß zu haben wünschten. Was wir erfahren, mag nur für den unverbesserlichsten Kolonialschwärmer etwas Erfreuliches an sich haben; für uns und für die ungeheure Mehrzahl des deutschen Volkes, die sich für die Kolonialpolitik nicht hat begeistern lassen und in der ganzen Sache sich eine nüchterne Auffassung bewahrt hat, erscheint auch heute der Kolonialrummel so überflüssig als nur jemals.

Zunächst werden ziemlich viele Hinrichtungen von Eingeborenen, theils durch den Strang, theils durch Pulver und Blei, gemeldet, desgleichen wird berichtet, daß eine Anzahl von Hörfnern niedergebrannt worden sei. Die Befehlshaber in Ostafrika glaubten zu diesen Maßregeln berechtigt zu sein durch den Widerstand, den die Eingeborenen leisteten; so dann auch nahmen sie Revanche für die bei dem Ausstand in Ostafrika verübten Mordthaten. Aus den Berichten läßt sich unschwer erkennen, daß die Befehlshaber sehr selbstgefällig von den genommenen Repressalien denken und von ihrer „Energie“ und „Schneidigkeit“ eine vortreffliche Wirkung erwarten. Wie wir darüber denken, haben wir schon des Ofteren ausgeführt. Die Berichte betonen, daß die Eingeborenen voll Bewunderung und Dankbarkeit seien dafür, daß Ordnung und Sicherheit herrsche und daß eine Menge von Arabern sich melden, um unter den deutschen Schutz gestellt zu werden. Ein Lieutenant Sigl schreibt, daß es einen Jeden, der an der „Kulturarbeit“ Theil genommen, mit gerechtem Stolz erfüllen müsse, die Erfolge deutscher Anstrengungen zu sehen. Lieutenants sind gewöhnlich noch sehr junge Leute und dieser „gerechte Stolz“ mag denn auch die Brille sein, durch welche ein Lieutenant die afrikanischen Verhältnisse in gar zu rosigem Lichte sieht, eine Eigenschaft, die, unserer Meinung nach, allen Berichten anhaftet.

Wenn heute ein Land von fremder Macht erobert wird, was denkt man wohl von dem Theil seiner Einwohner, der sich dem Fremden unterwirft und ihm Dienste leistet, während ein anderer Theil für die Selbstständigkeit des Landes noch kämpft? Wer dafür keine Bezeichnung weiß, der mag nur die Ehrentitel nachlesen, mit denen die Rheinländer von den deutschen Geschichtsschreibern belegt werden. Man wird uns nicht die Ueberzeugung beibringen können, daß dieselben Eingeborenen, die soeben noch gegen die deutsche Okkupation sich so hartnäckig gewehrt haben, nun mit einem Mal über die deutsche Herrschaft so entzückt seien. Das glauben wir einfach nicht, denn die vielen Hinrichtungen und Niederbrennungen können in Afrika auch nicht anders gewirkt haben, als sie in der ganzen Welt wirken; sie müssen Haß und Erbitterung zurückgelassen haben. Daß eine „Pazifikation“ mit Feuer und Schwert Liebe, Vertrauen, Sanftmuth und Glückseligkeit hervorzurufen habe, wie aus den Weißbüchern schier entnommen werden könnte, so etwas ist in der ganzen Weltgeschichte noch nicht dagewesen und daher sollte man erwachsenen Leuten auch nicht zumuthen, auf die schwärmerischen Lieutenantsbriefe ein besonderes Gewicht zu legen. So schnell vergißt man einen blutigen und verheerenden Kampf doch nicht. Dabei

wird? Hast sie freilich noch nie gehört, so alt Du geworden bist!

Der Klosterförster, der sich aus Neugier unter die Menge begeben hatte, wollte sich schon davondrücken, allein Frei Möllner vertrat ihm den Weg.

„Laßt mich gehen“, sagte der Klosterförster.

„Wie demüthig er ihun kann!“ spottete Möllner.

„Früher wußte er vor lauter Hochmuth nicht, wo hinaus. Ja, ja, aus ist's mit der Herrlichkeit im Frauenkloster!“

Einige Bürger drängten sich um die Weiden. Dem Förster ward schwül zu Muth. Er hätte jetzt gern darauf verzichtet, den Doktor Karlstadt zu hören, wenn er nur mit guter Art hätte davon kommen können.

„Im Frauenkloster braucht man jetzt keine unterirdischen Gänge mehr“, spottete Meister Pezold, der Steinmetz. „Die Alte, die Eulerin, ist ja ganz allein dort geblieben und ihretwegen kriecht weder ein Barsüßer noch ein Kreuzbube von den Teufscherrn unterirdisch unter der Klingengasse durch.“

Die Bürger lachten; der Klosterförster sah recht scheel drein in den Muthwillen.

„Demnächst wird man in die Klöster fallen, und ein Ristenfegen und Sedelleeren wird anheben, daß sich alle Heiligen haß verwunden sollen.“ sprach Hanns Kreher, der Wirth, der Schwager des großen Dienhart von Schwarzenbrunn. „Nur die Kutte mag dort bleiben, die ein im Kloster ertappter Barsüßer zurückgelassen, wie Joseph seinen Mantel bei der Botiphar.“

Nun lief dem Förster die Galle über.

„Ihr werdet freilich außer Mühlsteinen und glühendem Eisen Alles mitnehmen“, knurrte er.

„Nein“, sprach Hanns Kreher, „wir lassen noch mehr dort. Ihr wißt ja, im Klostergeböb hängt ein alter Ritter-

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

19

Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525.
 Von Wilhelm Vlos.

„Da wird ein Lustzug durch unsere alten Mauern streichen, dergleichen man in Rothenburg noch niemals erlebt.“ So klang die freudig erregte Stimme des blinden Mönchs herüber.

Während Menzinger sich an den Tisch setzte und sich eifrig mit Karlstadt unterhielt, hörte man draußen ein Lärmen und Lärmen auf der Straße.

„Was gibt's?“ frug der Hauptpfarrer.

„Ei nun,“ antwortete Menzinger, „ich hab' durch die Männer vom Ausschuß überall in der Stadt unsagen lassen, daß der Doktor Karlstadt heute noch am Marterbild predigen wird. Da laufen sie und rennen, um das lautere göttliche Wort zu hören.“

„Sie werden's hören,“ sagte Karlstadt.

Zwischen sammelte sich draußen am Marterbild vor dem Adorathor eine gar gewaltige Menge Volkes. Da sah man, wie der Geist der neuen Zeit Alles ergriffen hatte. Sie strömten einher, lechzend nach dem frischen Wort des berühmten Präbikanten, wie der Hirsch nach frischem Wasser. Der behäbige Bürger schritt stolz einher im Feiertagswamms mit den geschlitzten Ärmeln und mit der Eifriger bei der Seite; viele brachten ihre Frauen mit, die eifriger bei der Sache waren, als manche Männer. Auch von Patriziern sah man nicht wenige, und die der neuen Lehre nicht zu-

muss zugestanden werden, daß es aber doch nicht gelungen ist, den Sklavenhandel zu unterdrücken, den offenbar ein sehr starker Bruchtheil der Bevölkerung begünstigt, trotz Galgen und Kugel, weil sonst es absolut nicht möglich wäre, den Sklavenhandel zu betreiben. Demnach ist die eigentliche „kulturelle Arbeit“ durchaus noch nicht zu einem befriedigenden Resultate gelangt.

Auch die Vorrechte der Ostafrikanischen Gesellschaft werden nicht dazu dienen, den Afrikanern die deutsche Okkupation in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Man weiß, daß das Verfahren von einzelnen ihrer Beamten dazu beigetragen hat, den furchtbaren Aufstand zum Ausbruch zu bringen und daß die Grausamkeiten der Eingeborenen zum guten Theil Repräsentanten für eine ihnen unerträgliche Behandlung waren, die sie erfahren hatten. Die Gesellschaft hat nicht geahnt, daß sie berufen ist, eine so schwierige Aufgabe der Kolonisation zu übernehmen, wie wir den deutschen Kapitalisten überhaupt nicht für einen Kolonisationshalter halten. Es liegt gar nicht in seinem Wesen.

Dazu kommt nun noch die Schutztruppe, die ständig werden soll. Im Besonderen heißt es, daß diese Truppe „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Deutsch-Ostafrika, sowie zur Bekämpfung des Sklavenhandels“ verwendet werden soll. Das ist ein ausgedehntes Arbeitsfeld und da können wir heute gar nicht übersehen, was aus dieser Schutztruppe werden wird. Sie wird uns sicherlich viel Geld kosten, denn an Unruhen und Katastrophen wird es in Afrika nicht fehlen und so wird auch mit der Zeit eine Verneinerung der Schutztruppe gefordert werden. Alles in Allem entwickelt sich die Sache so, wie wir befürchtet hatten, daß es kommen würde. Das Reich verwendet eine schwere Menge Geld auf Ostafrika, aber was dort in kultureller wie in wirtschaftlicher Beziehung erreicht wird, lohnt sich nicht, während die Gefahr der Verwicklung mit anderen Kolonialmächten dabei eine dauernde bleibt.

Unter solchen Umständen können die Weisbücher an unserer Anschauung nichts ändern; sie befürchten uns vielmehr in der Ueberzeugung, daß diese Kolonialpolitik — so anziehend ihre Abenteuer auch für thatendürstige Lieutenants sein mögen — am besten wäre, wenn sie gar nicht wäre.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Dezember.

Die französische Presse, welche mit ganz besonderem Eifer die Vorgänge in Deutschland verfolgt, kritisiert sehr eingehend die Ansprache des Kaisers an die **Schulkonferenz**. Und alle französischen Blätter, die wir zu Gesicht bekommen haben, stimmen darin überein, daß sie den Inhalt und die Tendenz durchaus konservativ, selbstherrlich und antidemokratisch finden. Und im Wesentlichen ist dieses Urtheil jedenfalls richtiger, als das der meisten deutschen, selbst freisinniger und demokratischer Blätter, die sich durch die Anerkennung gewisser moderner Prinzipien und Schlagwörter gefangen nehmen lassen.

Man kann sehr modern und zugleich doch sehr rück-schrittlich sein. Steht etwa z. B. nicht unsere Kriegskunst auf der Höhe der Zeit? Ist sie nicht durchaus modern, und ist sie nicht gleichzeitig eine Barbarei und dient sie nicht den Zwecken der Barbarei?

Wir für unser Theil sind gewiß keine Fanatiker der altklassischen Sprachen, und wir haben schon zur Zeit, da wir selbst noch unter dem Joch des Lateinischen und Griechischen seufzten, für den „deutschen Aufschwung“ als Mittelpunkt der Erziehung etliche Lanzen gebrochen, aber, wie wir bereits sagten, es kommt Alles auf die Qualität des Unterrichts an; und ein deutscher Auffassung, in welchem — unter Beimischung Willenbruch'scher Paradeschritt-Verse — die Segnungen des Polizeiregiments und die Uebel des freien Denkens und Handelns „schwungvoll“ und „schneidig“ dargelegt werden, würde uns doch weit schlechter gefallen, als ein lateinischer oder griechischer Auffassung, der die Helden des Alterthums verherrlicht, die doch immerhin andere Kerle waren und unserer Jugend ein würdigeres Vorbild darbieten, als unsere modernen Philister, Streber und für Kriegs- und Friedensdienst wohl dressirten, präparirten, exerzirten Maschinen- und Schablonenmenschen, die auf Kommando sich bis zur Erde verneigen, Ja sagen, Hurrah rufen, mit der Flinte schießen, mit dem Säbel hauen. —

Die **Politik** ist ein Handwerk, welches das Licht scheut. An dieses Wort des Eglanzlers (der ja Sachverständiger war) werden wir durch eine „Enthüllung“ erinnert, die jetzt durch die Presse geht. Unter dem Titel: „Zur Geheim-

geschichte des Jahres 1866“ wird dem „Pester Lloyd“ „von höchst vertrauenswerther Seite“ geschrieben:

„Während der Friedensverhandlungen war Königin Auguste sehr bemüht, auf ihren hohen Gemahl in möglichem, den Friedensabschluss beschleunigendem Sinne einzuwirken. Insbesondere trachtete die hochsinnige und kluge Frau, König Wilhelm von der Absicht, Sachsen und Hannover zu annektiren, abzubringen. Auf ihre Vermittelung reiste König Johann von Sachsen inkognito von Wien nach Berlin. Er hatte dort eine geheime Unterredung mit dem König von Preußen, der von der Anwesenheit Johanns erst erfuhr, als er diesen — nach dem Speisen — in seinem Arbeitszimmer traf. Herr von Bismarck-Schönhausen erfuhr jedoch am selben Tage noch, daß zwischen beiden Monarchen eine geheime Unterredung stattgefunden habe. Bei dieser Gelegenheit mag eine Bemerkung eingeschaltet werden. Anlässlich des Rücktritts des gewesenen Reichstanzlers wurde erzählt, derselbe habe im Jahre 1866 das maßgebende Element im königlichen Hauptquartier gegenüber den ausbreitenden Forderungen der „Militärpartei“, an deren Spitze angeblich Kronprinz Friedrich Wilhelm gestanden sein soll, dargestellt und namentlich seine Beredsamkeit geboten, um seinen königlichen Herrn von der Absicht, Nordböhmen zu annektiren, abzubringen. Es mag sein, daß in den der Schlacht von Königgrätz unmittelbar folgenden Tagen, unter dem Eindruck des großen erfochtenen Sieges, insbesondere als die Sendung des Feldmarschall-Lieutenants Baron Gablenz in das Hauptquartier des Königs von Preußen das starke Friedensbedürfnis Oesterreichs ersichtlich machte, das Verlangen nach Nordböhmen nach wurde. Es bedurfte jedoch keineswegs der Bismarck'schen Nachhilfe, um dieses extravagante Begehren schon im Keime zu ersticken. Je mehr sich die preussischen Operationslinien verlängerten, je näher die preussischen Kolonnen dem Donauthale kamen, desto schwieriger wurden die Verhältnisse im preussischen Heere und desto mehr wurden die Reihen ihrer Truppen durch Strapazen und Krankheiten, besonders durch den Typhus und die Cholera gelichtet. Die zwischen Wien und Preßburg stehende österreichische Armee dagegen litt nur wenig unter diesen Epidemien und wurde überdies in der zweiten Hälfte des Juli durch sechs Brigaden der Süd-Armee, frische, in ausgezeichneter Verfassung befindliche 40 000 Mann verstärkt, während die Preußen keine frischen Kräfte mehr zur Verfügung hatten. Dazu kam in derselben Zeit die Niederlage der Italiener bei Lissa zu Wasser, bei Bischofswerda zu Lande, wodurch, namentlich durch den letzteren Erfolg des Generals Maresciallo, der Vormarsch der Italiener gegen den Sponzo völlig ins Stocken gerieth. Diese Umstände, die früher Herr v. Sybel in dem neuesten Bande seines Geschichtswerkes zu ignoriren für gut hält, wirkten jedoch zusammen, um im königlichen Hauptquartier eine objektive Auffassung der Situation Platz greifen zu lassen. In Wien hatte der Feldmarschall Erzherzog Albrecht das Armeekommando und Feldmarschall-Lieutenant Frh. v. John die Geschäfte des Generalstabschefs übernommen; die wichtigeren Stellen in der Operationsanleihe, sowie mehrere Korps- und Brigadeführer wurden neu besetzt. Wenn also Anfangs August die Operationen wieder aufgenommen worden wären, wer weiß, welche Wendung da noch hätte eintreten können? Die Betrachtung dieser Umstände war es, welche einer unbefangenen Prüfung der militärpolitischen Situation im königlichen Hauptquartier die Bahn ebnete, nicht aber, wie hinterher eine partielle Geschichtsschreibung der Welt weismachen möchte, der prophetische Geist des Herrn v. Bismarck-Schönhausen. Als daher Bismarck von dem Geheimen Besuche des Königs Johann erfuhr, drängte er am nächsten Tage seinen königlichen Herrn zur endlichen Entschließung. Dieser erklärte jedoch mit großer Bestimmtheit, er werde weder die Sachsen, noch Hannover annektiren. Angesichts der Festigkeit des Königs Wilhelm gab Bismarck bezüglich Sachsens nach; um so dringlicher wurde er aber hinsichtlich Hannovers. König Wilhelm betrachtete indessen den Griff nach Hannover als eine Verfündigung gegen das Legitimitätsprinzip und meinte, was heute den Welsen geschieht, könne morgen den Hohenzollern passieren, denn das Kriegsglück sei wandelbar. Da brach Bismarck den Widerstand des Königs mit den Worten: „Majestät, bisher haben Sie als Hohenzoller gesprochen; nun handeln Sie einmal als Preuße!“ —

Nun — wir wollen uns auf keine Zergliederung des Vorstehenden einlassen — Einiges wird bestritten, allein im Wesentlichen scheint das Gesagte richtig zu sein. Und wir dürfen wohl mit Recht sagen: So wird Geschichte gemacht.

Uebrigens ist dies noch eine relativ sehr harmlose und reinliche „Enthüllung“. Weit bedenklicher ist was Sybel — wir verschreiben uns nicht: Sybel, der Bismarck-Hohenzollern'sche Familien-Geschichtsschreiber — über die Absichten Bismarck's, den Franzosen deutsches Land abzutreten, sagt. Behauptet wurde es ja schon oft — platonisch waren die Unterhaltungen gewiß nicht, welche der „deutscheste Staatsmann“ zur

Einfädelung des 1866er Krieges mit Bonaparte, den Franzosenkaiser in Biarritz hatte.

Und auch das Kapitel von der Emser Depesche, die den Stein des 1870er Krieges ins Rollen brachte, ist weit bedenklicher.

Und da gerade von schmutziger Wäsche die Rede ist, sei erwähnt, daß Herr Lucius seine Stempelsteuer noch nicht nachgezahlt hat, und daß der Bismarck'sche Reinwaschwagen verfehlt, von dem wir gestern telegraphische Nachricht hatten, auf eine kleine Wortklauberei hinausläuft und den Kern der Materie gar nicht berührt.

Wie lange wird es dauern, bis dem beleidigten Reichsgesühl der Nation Rechnung getragen, und den Lucius-Bismarck und Genossen zum Mindesten die Fackel der rückhaltlosen Wahrheit vor's Antlitz gehalten wird, damit, falls eine juristische Bestrafung unmöglich sein sollte, wenigstens eine moralische erfolge.

Den Herren Predigern des Kreuzzugs gegen die Sozialdemokratie sagen wir aber, daß dieser Lucius-Bismarck-Skandal unserer Sache tausendmal mehr Boden erobert, als alle Kreuzprediger, mit sammt der mobilisirten Schule und Kirche, uns zu entziehen vermögen.

Und wahrhaftig das ist nicht der einzige Skandal „an der Höhe“ der besten der Welten. Und lange nicht der schlimmste! —

Bezüglich des Reichsgerichts-Erkenntnisses wegen angeblicher **Majestätsbeleidigung**, begangen durch Sihenbleiben bei einem Hoch auf den Kaiser hatten wir unseren Zweifeln nicht Recht. Der Beurtheilte hat thätlich nichts anderes gethan, als daß er beim Hoch sitzen blieb und ist deshalb verurtheilt worden.

Die „Breslauer Morgenzeitung“ erinnert nun an eine Verhandlung vor der Strafkammer in Breslau im Jahre 1882. Auch damals wurde ein sozialdemokratischer Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt. In der Begründung des Urtheils aber bemerkte der Vorsitzende ausdrücklich, daß man in dem bloßen Sihenbleiben des Angeklagten keine Majestätsbeleidigung gefunden habe; daß man dieses Verhalten nur für eine sehr unpassende, aber straflose Respektverletzung angesehen haben würde, wenn es nicht von der Handbewegung, die nach den Befundungen mehrerer Zeugen ganz ausgeprägt den Charakter des Berächtlichen getragen, begleitet gewesen wäre. Erst dieses Zusammenwirken der Handbewegung mit dem Sihenbleiben habe den Gerichtshof bestimmt, den Angeklagten der Majestätsbeleidigung schuldig zu erklären.

Das Reichsgericht hat also seine Auffassung geändert und sicherlich nicht verbessert. Wenn es jedoch glaubt, durch derartige Erkenntnisse die Autorität der Krone zu stärken, so irrt es sich gewaltig, bei Tacitus können die Herren Reichsrichter, die ja Latein gelernt haben, nachlesen, wie das Sinken der Kaiserwürde in der öffentlichen Achtung genau gleichen Schritt hielt mit der Zahl der Majestätsbeleidigungs-Prozesse und der Strenge der Urtheile. —

Kurt Abel, der Verfasser der bekannten Schrift „Sechs Wochen Wächtermeister“, ist vom Kriegsgericht zu vierzehn Tagen Gefängnis verurtheilt worden. Wie das Kriegsgericht dazu kommt, in dieser Sache entscheiden zu können, das verstehen wir nicht. Indes zwischen Himmel und Erde geschieht Vieles, was sich die Vernunft nicht träumen läßt — namentlich wenn es der Himmel und die Erde des Militarismus sind. Wir wollen näheren Bericht abwarten. —

Nach dem „Münchener Fremdenblatt“ wurde der im Wege des **Zwangswangs** verhaftete Redakteur der „Münchener Post“, Gen. Schwab, heute Mittwoch freigelassen, weil der Mittheiler der Notiz angeblich anderweitig ermittelt wurde. —

In den nächsten Festen von „Nord und Süd“ wird der Herausgeber dieser Monatschrift, der sattjam bekannte Paul Lindau das **Tagebuch Ferdinand Lassalle's** veröffentlichten. Es ist betrieblid, daß diesem anrührenden Litteraten der Nachlaß zugänglich gemacht wird, während er der einzig berechtigten Erben des großen Agitators, dem deutschen Arbeiter, verschlossen bleibt. Bekanntlich gingen sämtliche Papiere Lassalle's in den Besitz der Gräfin Sayföld

fattel. Wer ihn anrührt, bekommt von unsichtbarer Hand eine Maulschelle. Der mag auch dort bleiben zur Kurzeit für die Gulerin.“

Abermals gab es ein schallend Gelächter im Ring der Bürger. Der Schäferhans aber, der Söldner, der heute keinen Dienst hatte und sich hier umhertrieb, gerieth in Wuth und rief:

„Deinem Fürwitz thäten solche Maulschellen schon gut!“

Die Bürger wandten sich nach dem Söldner und in diesem Augenblick entwischte der Förster. Schäferhans hätte sicher mit den derben Fäusten der Bürger Bekanntschaft gemacht, denn diese waren gerade in der rechten Stimmung. Aber Hanns Kreeher war gutmüthig und meinte:

„Du bist freilich nicht sonderlich fürwitzig und weißt nicht einmal, was ich von Dir mit Kreide hab' an meine Wirthstafel schreiben müssen; wenn Du einmal siehst, was da aufgelaufen ist, wird Dich's auch nach billigem Klosterwein verlangen.“

Schäferhans wurde roth; der Wirth hatte ihn unsanft an einer empfindlichen Stelle berührt. Er ging von dannen unter dem Spott der Bürger.

In diesem Augenblick legte sich der brausende Lärm und die Menge ward ruhig.

Unter dem Marterbild erschien auf einer Schranne, so daß ihn alles Volk sehen konnte, ein junger Mann von ernstem, bleichem Antlitz, die Augen glänzend und geröthet an den Wänden, wie es bei Gelehrten häufig, von stolzer und energischer Haltung.

„Der Jekelhamer! Der Jekelhamer!“ ging es durch die Menge.

Valentin Jekelheimer, der gelehrte lateinische Schulmeister, der später als Verfasser der ersten deutschen Grammatik*) so berühmt wurde, hatte in Wittenberg studirt und war ein glühender Anhänger Karlstadt's, den er in einer Streitschrift gegen Luther vertheidigt hatte. Seine glänzenden Predigten bei den Barsüßern hatten ihm einen großen Namen gemacht.

*) Ein Exemplar dieses Werkes befindet sich auf der Braunschweigischen Landesbibliothek zu Wolfenbüttel.

Mit einer hellen klaren Stimme redete Meister Valentin zum Volke von Rothenburg.

„Lieben Brüder“, rief er, „ein Tag des Heils ist heute. Denn unser frommer Bruder und Freund, der Doktor Karlstadt, um der Wahrheit willen verfolgt und vertrieben, ist heute unter uns erschienen und wird zu Euch reden.“

Ein brausender Ruf erhob sich aus der Menge: „Karlstadt! Karlstadt!“

„So vernehmet beim von ihm, dem berühmten Meister, das göttliche evangelische Wort!“ rief Jekelheimer und stieg wieder von der Bank herab.

„Poß Donner und Marter!“ sprach nun Kunz Kreglinger, der Junker, der es mit der alten Rathspartei hielt, den aber die Neugier herausgetrieben hatte. „Sagt an, Meister Kern, ist denn der Karlstadt so schnell wieder von Straßburg zurückgekehrt, allwo er sein Büchlein wider das Abendmahl hat drucken lassen, nachdem ihm der Rath geboten, sich hinweg zu thun? Oder war er gar nicht fort?“

Und der Junker blinzelte listig mit den Augen.

Der Angeredete, ein behäbiger Buchdrucker, suchte mit den Achseln und sagte:

„Was weiß ich davon?“

„Ihr habt auch nicht gehört, daß das Büchlein wider das Abendmahl bei einem Drucker zu Rothenburg ob der Tauber, den Ihr auch wohl kennt, gedruckt sein soll?“ frug Kunz Kreglinger.

„Nein“, sprach Meister Kern.

„Vielleicht erfährt man von der Sach, wenn der Nachrichten der Drucker einmal auf die Folter strecken wird“, meinte der Junker giftig. Der Buchdrucker aber lachte.

„Dermalen sieh's aus“, rief er, „als wolle man nicht die Buchdrucker auf die Folter strecken, sondern eher den Junkern den Hochmuthstempel mit Speiß und Stangen austreiben.“

„Wollen sehen“, sprach der Junker.

„Kuh!“ rief eine befehlende Stimme, denn soeben erschien Doktor Karlstadt auf der Schranne am Marterbild, dem ganzen Volke sichtbar.

Der kleine schwarze Mann war im groben Rock, mit einer schlechten Wehr an der Seite und sein Haupt war bedeckt

mit dem großen Hut von grobem, weißen Filz, gerade wie damals, als Karlstadt aus Wittenberg zog, angewidert von der elenden Zänkerey der Gelehrten, und im Dors Segren bei seinem Schwiegervater den Pflug führte und den Karst schwang. Neugierig richteten sich alle Blicke auf ihn und lautlos stand das Volk.

„Halloh, Karlstadt!“ rief da plötzlich eine rauhe Stimme und die Köpfe wandten sich um in der Richtung, von wo der Ruf gekommen.

Der so gerufen, war Niemand Anders, als der wilde Junker, Wilhelm von Grumbach. Dort hielt er, hinter der Menge, hoch zu Kopf, und neben ihm, auf milchweißem Felde, die schöne Agnes von Bodeß, deren schlaffe Gestalt ein grünes Heitkleid umspannte.

„Halloh, Karlstadt!“ rief Grumbach abermals und schwenkte seinen Hut mit der wallenden weißen Feder.

Die Menge der Bürger und des Volks, hingerissen von der Freude, daß ein vornehmer und mächtiger Ritter sich sichtbar mit der Volkssache verbündete, stimmte in den Ruf ein, und „Halloh Karlstadt!“ stieg es brausend und tausendstimmig in die Lüfte empor.

Der Meister stand unbeweglich; nur suchte es rasch mit ein Freudenstrahl über sein Gesicht, als er den freudigen Zuruf vernahm. Er richtete seine Augen empor.

Dann ward es wieder still und Karlstadt's scharfe Stimme, von einem leichten Winde getragen, klang über die Häupter der Zuhörer hin.

„Lieben Brüder“, sprach der berühmte Magister, „höret den Verbannten und Geächteten, der um der Wahrheit willen landflüchtig gehen muß. Denn ein wie groß Beschrei sich auch erhebet gegen den Antichrist zu Rom, so hauset kein ärgerer Tyrann in den deutschen Landen, als der neue Paps zu Wittenberg, der mich hat vertrieben, weil er das wahre Wort nicht hören mag. Er hält es mit den großen Häufen, mit den Fürsten und Herren, und will reformiren zu ihrem Ergößen; ich aber will reformiren mit dem Volke und darum verfolgt er mich. O über die hochgelehrten und hochmüthigen Herren! Sie disputiren und zanken sich um den Buchstaben und Jeglicher vermeint durch hüllich Geschrei und scholastische Schnörkerei den wahren

über,
des
Bem
desse
schaf
Freu
halb
die
Lind

wan
bä r
alle
finb,
teuff
Leib
Er
ncht
stärk
der
den
die

ver
faber
Ma

krat
hierf
aus
Delt
Nach
maße

bis
der
ber
der
wä
rei
So
ört
er
Me
vor
ch
un
fol
be
de
a
zu
qu
sch
ab
de
od
ent

Blat
desse
Schl
gedr
rühm
Mut
Sozi
den
die
Uns
Ram
den
thob
burg
geit
wied
lich
wenn

chri
at
den
fund

es
zu
c
der

wied

Stif
„hal
ein
Bel
lefer
Wä
mit
Del
gege
eing
wiff
mod

leise
Kre

auch
von
Dol

Gru
zu
hatt
Mit
war
obe

über, von dieser erbte sie der jetzige Londoner Botschafter des deutschen Reichs, Graf Gassfeld, welcher sie wohl durch Vermittelung des geheimen Legationsrathes Rudolf Lindau dessen Bruder, Herrn Paul Lindau, übergab. Der Botschafter Gassfeld verdankt bekanntlich überaus viel dem Freunde seiner Mutter, unserem Laffalle. Man hätte deshalb von ihm mehr Pietät voraussetzen dürfen, als er durch die Uebergabe der Laffalle'schen Papiere an einen Paul Lindau beweist. —

In Bezug auf die Zusammensetzung der **Zweiundzwanziger-Kommission** zur Durchberatung des bürgerlichen Gesetzbuches ist bemerkenswerth, daß alle großen Parteien des Reichstags in derselben vertreten sind, so die Konservativen durch die Abgg. Fehr. v. Mantuffel und v. Healdorf; die Reichspartei durch den Abg. Leuschner; das Centrum durch die Abgg. v. Cagern und Spahn; die Nationalliberalen durch v. Cuny; die Deutsch-Freisinnigen durch Goldschmidt und den früheren Abgeordneten (Vizepräsidenten des Reichstags) Hoffmann. Und die stärkste Partei Deutschlands, die sozialdemokratische, ist in der Kommission nicht vertreten. Diese Thatsache spricht für den unparteiischen Geist der Reichsbehörden mehr, als es die längsten Abhandlungen vermöchten. —

In Leipzig sind die Sozialdemokraten bei den Stadtverordneten-Wahlen unterlegen, wie wir vorausgesehen und vorausgesehen. Nun — Glück zum nächsten Mal! —

Mit dem geistigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie machen die Gegner recht schlechte Geschäfte. Zeugnis hierfür legt eine Korrespondenz der „Hamburger Nachr.“ aus Hannover ab. In derselben wird von einer großen Volksversammlung berichtet, in welcher der Divisionspfarrer Delbrück über die christliche Religion sprach. Die „Hamb. Nachrichten“ lassen sich über diese Versammlung folgendermaßen berichten:

„Lange vor der bestimmten Zeit war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt — natürlich nur mit Sozialdemokraten. Die Bureauwahl fiel denn auch für die Sozialdemokraten günstig aus und so begann denn Herr Delbrück unter dem Vorsitze des Sozialdemokraten Lohberg seinen Vortrag, der 1 1/2 Stunden dauerte, ohne daß es dem Redner gelungen wäre, die Versammlung in Wärme zu bringen oder fortzuführen. Dazu bedarf es anderer oratorischer Mittel, um auf Sozialdemokraten Eindruck zu machen, als theoretische Erörterungen. Wir wollen dabei nicht mit unserer Anerkennung für den Muth und die Ueberzeugungstrenne des Redners, der sich mutterseelenallein unter die Tausende von Sozialisten gemischt hatte und dort offen sein christliches Bekenntnis, unbelästigt um den Hohn und Spott seiner Zuhörer, ablegte. Aber von Nutzen können solche gefährliche Experimente nur sein, wenn der Redner so bedeutender Schlagfertigkeit sicher ist, um das Feld siegreich zu behaupten. Daneben war die Disziplin der Sozialdemokraten eine ausgezeichnete, und der Redner konnte unter musterhafter Ordnung zu Ende sprechen. Die Diskussion gab den Gegnern bequeme Gelegenheit, ihre Anschauungen, zum Theil in dialektisch sehr gewandter Form zu entwickeln. Von einem Erfolge gegenüber den Sozialdemokraten kann nicht die Rede sein, und wir hoffen, daß solche Experimente, die unter 100 Fällen 99 mal den Sozialdemokraten zu Gute kommen, in Zukunft unterlassen, oder doch so vorbereitet werden, daß sie nicht zum Nachtheile enden.“

Interessant ist das Eingeständniß des reaktionären Blattes, daß unsere Genossen dem Herrn Divisionspfarrer, dessen Beruf doch das Sprechen ist, in Redegegenwart und Schlagfertigkeit bedeutend überlegen waren und daß er notwendig hervorgehoben. Wie es sich damit reimt, vom großen Muth des Pfarrers zu reden, von Hohn und Spott der Sozialdemokraten zu erzählen, die in musterhafter Disziplin den Gegner ungehindert seine Ansichten entwickeln ließen, mögen die Leser der „Hamburger Nachrichten“ zu errathen suchen. Uns dient dieser Widerspruch zur Charakteristik des Kampfes mit geistigen Waffen gegen uns, der ebensoviele den Gegnern gute Ansichten bietet, wenn er nach der Methode des Herrn Divisionspfarrers als nach der der „Hamburger Nachrichten“ geführt wird. Wie wenig wir die geistigen Waffen unserer Gegner zu fürchten haben, beweist wieder einmal die Versammlung in Hannover, der hoffentlich noch viele ähnliche folgen werden. Schön wäre es, wenn unsere Genossen es durchsehen würden, daß dafür,

christlichen Geist zu finden. Ihr Menschenkinder sollt aber christlich leben und nicht nur disputieren. Thuet von Euch den ganzen gelehrten Kram und suchet das Heil in der gesunden Arbeit.“

„Hoho!“ sagte ein rüstiger Schmiedemeister, „der meint es nicht sonderlich gut. Als ob wir unser Lebtage nicht genug zu arbeiten gehabt hätten!“

„Das soll' ich meinen,“ nickte zustimmend sein Nachbar, der Schlossermeister.

Aber sie sprachen leise und hörten dem Doktor wieder zu.

„Hab' ich nicht schon, als ich an der Wittenberger Stiftskirche zum Prediger bestellt war“, fuhr Karlstadt fort, „hab' ich nicht schon damals der Welt verkündet, es müsse ein Elias gefandt werden, der die Altäre Baals aus der Welt schaffen soll? Hab' ich nicht wollen die Messe deutsch lesen lassen? Aber da kehrte der neue Papst zurück von der Wartburg, allwo er sich im Versteck hielt, im Einverständnis mit den großen Herren, und trieb mich aus, weil ich die Delogien nicht hab' leiden mögen. Und er schrie und tobte gegen mich und richtete sein Werk wieder auf, das schon eingestürzt war; er hielt mit grünelchem Wahn die Geistesfesseln gefangen und predigte den Irrthum, allwo er nur mochte.“

„Das ist auch wieder nur ein Pfaffengezänk“, sprach leise Friß Mölkner, der Bauernhauptmann, zum Hanns Kreger, dem Wirth.

„Wahr sprichst Du“, meinte dieser. „Da hab' ich denn auch etwas Anderes zu hören vermeint, als die Geschichte von den geistlichen Kaufhändeln, so er mit dem groben Doktor Luther gehabt hat.“

Mölkner zuckte mit den Achseln.

Karlstadt aber fuhr fort:

„Und was ich hatte gut gemacht, das warf er von Grund aus wieder um. Hat' ich doch den Rath veranlaßt, zu verordnen, man solle in der Christenheit nicht mehr betteln gehen, und ein wohlweiser Rath schrieb an das Minoritenkloster, die alten Mönche sollen künftig Krankenwärter sein, die jungen aber sollen ein Handwerk lernen oder haden und reuten draußen auf dem Feld. Denn, lieben

wo sie die Herren Pfarrer, Fabrikanten, Professoren und Regierungsräthe hie und da in unseren Versammlungen reden lassen, die Vertreter unserer Grundsätze das Recht erhalten, in den katholischen Gesellenvereinen, den evangelischen Jünglingsvereinen und ähnlichen Organisationen Vorträge halten dürfen. — Dann wäre es erst ein gleicher Kampf mit geistigen Waffen. Wir fürchten nur, daß zur Annahme unseres Vorschlages den Gegnern der Muth fehlt. —

Ueber die Beschlüsse des **österreichischen Bergarbeiter-tags** liegen folgende Meldungen vor: Derselbe nahm eine Resolution an, derzufolge der Streik, obwohl eine unentbehrliche Waffe, nur dann anzuwenden sei, wenn die Lage des Marktes und die eigene Stärkung Erfolg versprechen und überhaupt kein anderes Mittel mehr helfe. Ferner wurde beschlossen, den nächstjährigen internationalen Bergarbeiter-Kongress in Paris zu beichten, und erklärt, der Bergarbeiter-tag stehe auf dem Standpunkte der internationalen sozialdemokratischen Partei. Die Delegirten wurden jedoch aufgefordert, im Falle von Maßregelungen durch die Arbeitgeber unbedingt auf dem Boden des Gesetzes zu verharren und Ausschreitungen zu verhüten.

Am 7. und 8. Dezember fand in Budapest ein **Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie** statt. Derselbe war von den Industrie-Orten zahlreich besetzt. Unsere ungarischen Genossen stellten sich am Parteitage mit aller Entschiedenheit auf den internationalen Boden. Alle Beschlüsse athmen den Geist des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Resolutionen über das Parteiprogramm, die gewerkschaftliche Organisation, die Arbeiterkammern, die Schule schloßen sich zum Theil mündlich den Beschlüssen der österreichischen Sozialdemokratie am Gainsfelder Parteitage an, außerdem wurde eine prinzipiell vortreffliche Resolution über unsere Stellung zu den Landarbeitern beschlossen. Als Delegirte der österreichischen Sozialdemokratie waren Polorny und Popp anwesend. Unter den zahlreich eingelassenen Begrüßungen befanden sich Briefe von Engels aus London und von Liebknecht aus Berlin. Der Letztere schrieb, er bedauere, daß er der an ihn ergangenen Einladung nicht Folge leisten könne, und sagt weiter: „Wir deutsche Sozialdemokraten fühlen uns eins mit den ungarischen Brüdern, als die Theile einer Armee. Fahren Sie fort, wie Sie es bisher gethan, Ihre Schuldigkeit zu thun und rastlos zu kämpfen für die gemeinsame Sache der Befreiung der Arbeit von den Ketten des Kapitals. Hoch die internationale Sozialdemokratie!“

Besonders bemerkenswerth war ein Telegramm der Petersburger Sozialdemokraten, die als „russische Genossen“ unterzeichnen und sagen: „Wir armen Sklaven, welche gezwungen sind, im Geheimen jene Ziele gegen die Ungerechtigkeit des Kapitals zu verfolgen; wir, die wir für gemeingefährlich erklärt werden, weil wir Brot und Wissenschaft für Alle fordern, die, geht wie wilde Thiere, bemüht sind, uns wie Uebelthäter zu verbergen, wir sehen in Euch unsern Leuchthurm. Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“

Die Weiterberatung des **Schweizer Auslieferungsvertrages** läßt es gewiß erscheinen, daß der das alte Asylrecht in bedenklicher Weise durchlöchernde Entwurf der Bundesregierung unverändert angenommen werden wird. —

Obgleich die Schweiz nicht nur für das ganze Bundesgebiet ein bis nun unübertroffenes Arbeiterschutzes Gesetz besitzt, arbeiten die industriell fortgeschrittenen Kantone unangenehm an der Weiterentwicklung dieser wichtigen Gesetzesmaterie so ordnete der Regierungsrath des Kantons Baselstadt an, daß die Friseur- an Sonntagen und den staatlich anerkannten Feiertagen ihre Geschäfte spätestens um 1 Uhr Nachmittags schließen müssen und daß an 4 hohen Feiertagen diese Geschäfte überhaupt nicht offen gehalten werden dürfen. —

Die **Genossenschaft der Londoner Kommiss** stellte jüngst an den Lordmayor das Gesuch, vermöge seines Einflusses die Handelsfirmen in der City zu veranlassen, nicht so viele deutsche und andere ausländische Kommiss anzustellen, während Tausende von englischen Kommiss ohne Beschäftigung seien. Der Lordmayor Savory ließ antworten, er könne in der Sache nichts thun. Er bedauere sehr, daß so viele englische Kommiss beschäftigungslos seien, aber die

Brüder, zu dem Worte Gottes soll der Mensch keinen Zusatz machen noch etwas davon nehmen. So die Klostergebäude nur ein willkürlicher Zusatz sind, so thun wir sie ab; wenn sie aber auf einem Gebot der Schrift beruhen, so sind sie gültig für die Christenmenschen alle und die Klöster sind nicht vonnöthen. Forseth nur in der heiligen Schrift, so findet Ihr Gebote, die für alle Christen gelten und alle Christen zu Brüdern machen, denn Ihr sollt üben Gehorsam gegen die göttlichen Gebote und Ihr sollt gehorchen dem Gesetze der Armut, welche die irdischen Güter gering schätzt. Ihr sollt aber auch Keuschheit üben, welche so viel ist als Seelenreinheit.“

„Der verlangt viel auf einmal,“ brummte der Schäferhans, der Söldner der Stadt, in seinen Bart.

„Nicht zu viel für Euch,“ flüsterte ein lustiger Schneidergesell, der in der Nähe stand und die Worte des Söldners aufgefassen hatte.

„Wie so?“ fragte der Söldner finster.

„Ihr sollt die irdischen Güter verachten,“ sprach Jener.

„Thut das und Ihr könnt noch lange angeschrieben bleiben an der Tafel des Wirths.“

Einige sicherten; der Stadtknecht aber warf dem Schneider einen drohenden Blick zu.

Derweilen erhob Karlstadt wieder seine Stimme.

„Sehet, liebe Christen, das ist des Lebens grünender Baum, die wahre Reformation. Ihr sollt zurückkehren zu den einfachen Geboten der Schrift und Euch nicht auf Abwege lassen führen durch die Hirngespinnste der gelehrten Doktores und ihrer Gesellen, welche die übergroße Selbstaufmerksamkeit zur Dummheit zurückgeführt hat. Wer arbeitet mit seinen Händen, wie es seine Pflicht, der ist ein nütliches Glied der christlichen Gemeinschaft, als wer über seinen Pergamenten hoch bei Tag und Nacht und darüber aus dem Gesichte verliert, was vorgeht in der wirklichen Welt. O, Volk Du wirst gesund an Haupt und Gliedern, wenn Du zurückkehrst zur Einfachheit der Natur, niemals aber durch den gelehrten Bücherkram.“

„Der macht uns kein groß Herzeleid,“ meinte der Schmiedemeister.

(Fortsetzung folgt.)

Prinzipale seien berechtigt, ihre Angestellten frei zu wählen, und wenn sie fänden, daß sie von ausländischen Kommiss vermöge ihrer Sprachkenntnisse oder in anderer Hinsicht besser bedient würden, sehe er nicht ein, was sie daran verhindern könne, deren Dienste zu erlangen. Das ist seitens des Lordmayor eine ganz vernünftige Antwort. Freilich können und dürfen sich die englischen Kommiss dabei nicht beruhigen. Was sie zu thun haben, ist klar. Sie haben nicht den Lordmayor mit Klagen zu bestürmen, sondern die auswärtigen Kommiss zu organisiren und gleich hohe Löhne für die auswärtigen, wie für die englischen zu fordern. Dann wird sich von selbst ein vernünftiges Verhältnis in der Beschäftigung der beiden Gruppen von selbst herausbilden. —

Die **Konservativen in Dänemark** hielten einen Parteitag ab, auf dem sie eine für sie günstige Wahlkreisgeometrie forderten und das verfassungswidrige Gebahren des Ministerpräsidenten Estrup weiter zu unterstützen gelobten.

In **Rom** kriselt es weiter. Nachdem der Schatzkanzler seine Demission gegeben hat, wird jetzt auch die Stellung des Arbeitsministers als erschüttert bezeichnet, jedenfalls ist dies eine eigenartige Illustration zu dem Wahlsiege des Ministeriums Crispi.

Bei den Wahlen zur Erneuerung der Hälfte der Generalräthe in **Spanien** hat die Regierung nach Meldung des offiziellen Wolffschen Telegraphenbureaus dank des auch im Lande der Kastanien üblichen Wahlterrorismus glänzende Erfolge erzielt. Im Ganzen sollen neben 212 Konservativen nur 93 Oppositionelle gewählt worden sein. Dadurch ermuthigt, gedenkt die Regierung zu Weihnachten die Cortes (unserem Reichstage entsprechend) aufzulösen und die Neuwahlen am 1. Februar vorzunehmen. An denselben werden sich unsere Parteigenossen entsprechend den Beschlüssen des Bilbaer Kongresses betheiligen.

Neueste Nachrichten. Die italienische Kammer wurde heute mit einer langen Thronrede eröffnet. Dieselbe enthält die üblichen Friedenssprachen und „empfiehlt Solidität der Finanzen“. Bei der Empfehlung wird's wohl bleiben — die gegenwärtige Militär- und Großmachtpolitik führt unrettbar zum Bankrott — wenn er nicht schon da ist. —

Auch die **Spanier** haben Kolonialschmerzen — auf den Karolinen. Gesichte mit Eingeborenen, Mord, Todtschlag, Brandstiftung, Zivillisation, Christenthum, glorreicher Sieg — ganz wie in Afrika. —

Parnell ist als Triumphator in Irland eingezogen — in Dublin hat man ihm die Pferde vom Wagen ab- und dafür Esel vorgespannt — allerdings zweibeinige — es soll das eine besondere Ehre sein. —

Aus **Petersburg** Nachrichten von neuen Nihilistenverschwörungen. Nun, so lange „Väterchen“ es so fort treibt, werden die Verschwörungen und die Nihilisten nicht aufhören. —

Soziale Uebersicht.

Aufruf an die Stempnergehilfen Deutschlands. Werthe Kollegen! Wir machen Euch hiermit bekannt, daß die Spenglergehilfen der Emailfabrik in Zug (Schweiz) mit der dortigen Direktion betreffs der Arbeitszeit und der schlechten Löhne, resp. Nichterhaltung des Akkordarbeits in Unterhandlung sich befinden haben. Schon sind deshalb Kollegen des dortigen Fachvereins gemahregelt worden und noch weitere Entlassungen stehen bevor. Um uns den Kampf zu erleichtern, appelliren wir an das Solidaritätsgefühl unserer deutschen Kollegen; haltet den Zugang streng fern, da höchst wahrscheinlich in den deutschen Metall-Fachzeigungen Spengler nach dort gesucht werden. Jeder, der sich verlocken ließe, würde einem schlechten Loos entgegengehen. Für den Vorstand des Schweizerischen Spenglerarbeiter-Verbandes zeichnet mit genossenschaftlichem Gruß und Handschlag: Der Sekretär: Hermann Eott, Rindermatt 15 (Zürich). Weitere Auskunft kann durch diese Adresse erteilt werden. Zürich, den 7. Dezember 1890.

Achtung! Möbelpolizei! In der am 8. Dezember cr. bei Wolgmann, Andreasstr. 26, stattgehabten Versammlung des Verbandes der Möbelpolizei Berlins und Umgegend wurde beschlossen, unsere arbeitslosen Verbandskollegen zu unterstützen. Zu diesem Zweck soll ein freiwilliger Beitrag von wenigstens 50 Pf. bis Weihnachten und von Neujahr ab pro Woche ein freiwilliger Beitrag von 25 Pf. in den Zahlstellen erhoben werden. Der nächste Zahlabend findet am 13. Dezbr., der dann folgende am 24. Dezbr. statt. Die Fachkommission.

Den Buchbindern Berlins hierdurch zur Nachricht, daß die Kommission ihre Thätigkeit in der Ausgabe statistischer Fragebogen am Sonnabend, den 13. d. M., in den Zahlstellen der Krankenkasse einstellt und daher alle Kollegen, welche Fragebogen entnommen haben, ersucht, dieselben gut auszufüllen und so schnell wie möglich abzuliefern an die Kommission für Aufnahme der Statistik der Buchbindereien und verwandten Betriebe.

Achtung Eiskler! Die Kollegen der Werkstat Puffpaff u. Glendal, Schießstr. 6, D. 3 Tr., haben die Arbeit eingestellt, da ihnen seit 3 Wochen ihr Lohn vorenthalten wurde. Unter solchen Verhältnissen ist, wie wohl jeder Kollege sich selbst sagen wird, ein längeres Arbeiten dort nicht möglich.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.

E. S., Palisadenstr. Sie können auf Herausgabe des Anzuges klagen. Weber der Sohn noch der Vater hat ein Zurückbehaltungsrecht.

A. B. Wenn Jemand beim Mietzen einer Wohnung versichert, die eingebrachten Möbel seien sein Eigentum und nicht auf Leihkontrakt entnommen, während Dehleres doch der Fall ist, so kann in dieser falschen Vorpiegelung ein Betrug erblickt werden, der mit Geld- oder Gefängnisstrafe belegt wird. Die Gerichte nehmen aber gewöhnlich an, daß das bloße Nichtbeachten des diebezüglichen Passus im gedruckten Miethekontrakt noch keinen Betrug enthält, sondern nur wenn eine ausdrückliche dahingehende Erklärung, etwa auf Befragen des Vermiethers, erfolgt ist. Ebenso kann von Betrug nicht die Rede sein, wenn der Miether etwa erst nachher neben seinen eigenen Möbeln auch solche auf Leihkontrakt entnimmt. Wenn aber nach Vorstehendem ein Betrug einmal begangen ist, so kann es sich höchstens für den Miether darum handeln, den Wirth von der Penunziation dadurch abzuhalten, daß er ihm nach Möglichkeit Sicherung oder Befriedigung bietet.

M. D. 50. Das Verlangen der Kasse, daß Sie bei Ihrem nach Beendigung der Militärzeit erfolgenden Wiedereintritt das Einschreibegeld zahlen, ist begründet, da das Statut nichts Gegenwärtiges bestimmt.

Theater.
 Donnerstag, den 11. Dezember.
Spernhaus. Vohengrin.
Schauspielhaus. Die Quinze.
Kessing-Theater. Sodom's Ende.
Berliner Theater. Kean.
Deutsches Theater. Die Hauben-
 leiche.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater.
 Bettelstudent. Sonne und Erde.
Wallner-Theater. In Hemdsärmeln.
 Pension Schöller.
Residenz-Theater. Der Kampf ums
 Dasein.
Viktoria-Theater. Die sieben
 Raben.
Belalliance-Theater. Familie
 Knickmeyer.
Ostend-Theater. Vor Sonnen-
 aufgang.
Thomas-Theater. Der Soldaten-
 freud.
Adolph Ernst-Theater. Unsere
 Don Juans.
Bürgerliches Schauspielhaus. Der
 Fisonkel.
Kaufmann's Variété. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.

Englischer Garten.
 Direktion: C. Andress, Alexander-
 straße 27c.
Clara Conrad, Sieder- und Balz-
 fängerin.
Jenny Reimann, Kostüm-Soubrette.
Mr. Samitti mit seinen dressierten
 Hunden.
Mr. O. Worch, Produktionen an
 römischen Ringen.
Max Menzel, Gefängnis-Komiker.
Mr. Koberstein, Matabarist.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf
 20 und 30 Pf.

Stabliment Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Grosses Concert.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pf.,
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pf.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'che Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Russl. Direktor
 D. Sanftleben.
 Wochentags: Frei-Concert.
 Sonntags Entrée 20 Pf.
 Empfehle auch gleich 3 Billards,
 3 Regelbahnen und einen Saal zu Ver-
 gnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sotke.

Passage-Panopticum.
 Unter den Linden 22/23. [742]
Lebensgroße
Wachsfiguren.
 Panoramen.
 Dioramen.
 Chronographische
 Sammlungen.
 Italienische
 Volkstänzer.
 Entrée 50 Pf.
 Geöffnet von
 10 bis 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Entrée 50 Pfg.,
 Kinder 25 Pfg.
 8, 9 Uhr Morgens
 bis 10 Uhr
 Abends.
Amazonen u. Corps
 Vorstellung
 Vorm. 11 1/2 u.
 12 1/2 Uhr.
 Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr
 ständl. eine Vorstellung.
 Extra-Entrée 30 Pfg.
 Kinder frei.

Neu. City-Passage. Neu.
 Dresdener-Strasse 52.
 1815 Täglich:
Rudolf Förster-Konzert.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 20 Pf.
Sophabezüge-Reste,
 3 1/2-15 Meter, unterm Kostenpreis.
 Fabriklager Zimmerstrasse 86, 5. prt.
Sinderwagen. Das gr. Lager Berlins
 Androssstr. 23, 5. prt.

Circus Renz.
 Karlsruher.
 Donnerstag, den 11. Dezember,
 Abends 7 Uhr:
Die lustigen Heidelberger
 oder: Ein Studenten-Ausflug mit
 Sindernissen.
 Große Original-Pantomime, neu arrang.
 u. inszeniert vom Direktor E. Renz.
 Die eisernen Ritter des Mittelalters,
 dargestellt von 12 Herren mit eigens
 hierzu dressierten Schulpferden. Bal- u.
 Concert hippique mit 8 arab. Schimmel-
 hengsten, dress. u. vorgef. von Herrn
 Franz Renz. Beautiful. Hierauf Sophus,
 ger. v. Jrl. Clot. Hager. Auftreten des
 phänomenalen Reitlekünstlers Mr. J. F.
 Clarke. 3 Athleten zu Pferde von den
 Gebrüder Briatore. Mr. Rodgers, be-
 rühmter Lustgymnastiker. Mr. Burnell
 Willis, Jockeyreiter. Auftreten der Reit-
 künstlerinnen Jrl. Adele, Sirach und
 Frida. Komische Entrees und Inter-
 mezzos von sämtl. Clowns.
 Täglich: Vorstellung.
 Sonn- u. Feiertage: 2 Vorstellungen,
 um 4 u. 7 1/2 Uhr.
E. Renz, Direktor.

Achtung! Achtung!
Circus G. Schumann.
 Friedrich-Karl-Platz.
 Der Circus ist gut geheizt!
 Heute, Abends 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Vorstellung,
 bestehend aus 10 der besten Repertoire-
 Nummern.
 Zum 6. Male:
 In Berlin noch nicht dagewesen!
**Die sensationelle Wasser-
 Pantomime**
Eine ländl. Hochzeit.
 Große komische, equestrische Pantomime
 mit Ballet.
Natürliches Wasser.
**Natürliche Ruderboote u. Dampf-
 boote.** — Gr. Feiterkeitsersolg.
Ein Triumph der Nachahmung
des Natürlichen.
 150 Tonnen Wasser überfluten in
 einer Minute die Manege.
Spezialität.
Die 4 Wassernymphen,
 Alles Uebriqe wird bekannt.
 Die Circuskasse ist von Vormittag
 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.
 Morgen: Große Vorstellung. Zum
 7. Male: Die großartige Wasser-
 Pantomime: Eine ländliche Hochzeit

Geschäftshaus S. Heine
 Chausseestr. 14.
Weihnachtsmesse!
 Auslage von Neuheiten
 in **Kleiderstoffen**
 für die Frühjahrssaison 1891.
Ausverkauf Lagerbeständen
 zu bedeut. herabgesetzten Preisen!
 Die schönsten **Kinderkleider**
 für Mädchen jeden Alters, sowie
 Morgenröcke, Unterröcke,
 Eriottailen, Schürzen etc.
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Maßbestellungen prompt!
Geschäftshaus S. Heine.

Bitte lesen Sie!
 Neben, der billig und reell kaufen
 will, empfehle mein reichhalt. Lager in
Winter-Paletots,
 Rock- und Jaquet-Anzügen, einzelnen
 Röcken, Jaquets, Hosen und Westen,
 Stiefeln, Hüten, Betten, Wäsche, Uhren,
 Reise- und Holzkofern etc., sowie
Damen-Mänteln und Kleidern.
 Alles in alt und neu! Kaufe sämt-
 liche Sachen auf Auktionen und von
 Leihämtern, auch sind verfallene Pfänder
 dabei, daher die enorm billigen Preise.
A. Wergien,
 Schneidermeister. (Gegründet 1874.)
 127, Skallitzerstr. 127.
 Bitte sehr, recht genau auf Namen
 und Hausnummer zu achten. 2547

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantiert
sicher brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Fackel'schen Markt. [748]

Unserem Freunde und Genossen
Hermann Lesser
 zu seinem heutigen Wiegenfeste ein
 donnerndes Hoch! 2082a
 Im Auftrage seiner revolutionären
 Genossen: A. P.

Unserem Freunde und Genossen
Gustav Deumig
 zu seinem heutigen 27. Wiegenfeste ein
 999 mal donnerndes Hoch, daß die ganze
 Bahnstraße wackelt. Ob sich der Dide
 och was merken läßt? 2025a
Die Gemeingefährlichen v. Schöneberg.

Sein Mitglied
Hermann Lesser
 grüßt heut 2074
 Der Club der Baddhas.
Achtung!
Bürsten- u. Pinselmacher
Berlins.
 Des bevorstehenden Festes wegen
 findet unsere
Fachvereins-Versammlung
 8 Tage früher, also am 14. Dezember,
 Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feuerstein,
 Alte Jakobstr. 75, statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über die Ursachen der
 Armut. Referent: Herr Max Baginski.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und
 Aufnahme neuer Mitglieder.
 Jeder Kollege ist willkommen.
 2067 **Der Vorstand.**

Köpenick!
**Deffentl. Schuhmacher-
 Versammlung**
 am Montag, den 15. Dezbr.,
 Abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lage der Schuhmacher und
 ihre Stellung zur Organisation. Ref.:
 L. H. Mehnert. 2. Diskussion. 3. Ver-
 schiedenes. 2027a
 Gäste sind willkommen.
Der Einberufer.

Achtung!
Einsetzer (Ziigler)!
 Die am Sonntag tagende General-
 Versammlung des Vereins beschloß ein-
 stimmig, folgende Mitglieder: Sade u.
 Meier, Kurfürstenstraße, Niede, Wiener-
 straße, wegen Zuwiderhandeln gegen das
 Vereinsstatut aus dem Verein aus-
 geschlossen. 2035

Gemüthl. Beisammensein
 des 2026a
Allgem. Arbeiterinnen-Bereins
 am Sonnabend, den 13. Dezember cr.,
 Abends 8 Uhr,
 in Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
 Billets à 30 Pf. sind bei Frau Wuss-
 man, Brangelstr. 9, S. 4 Tr.; Frau
 Reiszewitz, Doppelstr. 45, Hof part.;
 Frau Wilde, Oppelnerstr. 34, v. 1 Tr.
 und Frau Hirs, Banbelsfr. Nr. 13 zu
 haben. Für gefällige Unterhaltung ist
 gesorgt. Um zahlreiche Betheiligung
 bittet **Das Vergnügungskomitee.**
 8 M. 55 Pf. durch Herrn H. Nest,
 Klempner, Berlin, Anklamerstraße 48,
 dankend erhalten. 2029a
 Die Lohnkommission der Weißgerber
 zu Kirchhain.

Fleisch-Verkauf
 in der **Central-Markthalle** (am
 Alexanderplatz), Verkaufsstand Nr. 148,
 eröffnet hat. Wir ersuchen Euch und
 Eure Frauen, bei Fleischkäufen den
 Genossen **Aurin** berücksichtigen zu
 wollen. Daß Aurin einen schweren
 Stand unter den Konkurrenten hat, da
 er ein Sozialdemokrat ist, brauchen
 wir Euch nicht näher zu erläutern.
Die Delegirten
 der Schlächtergesellen Berlins zur
 Streik-Kontrollkommission.
 J. A.: Schwartz, Oberbergerstr. 45.

Emil Franke Wittve,
 Saarbrückerstr. 6.
 Empfehle meine anerkannten guten
**Nähmaschinen, sowie Wasch-
 und Wringmaschinen** zu den
 billigsten Preisen bei Abz. Reparatur-
 Werkstat im Hause. 2089a

Resterhandlung.
 Rester zu kleinen Anzügen von 1,50 M.,
 große von 7,50 M. an bis zum feinsten
 Kammgarn z. Paletots, Wintermänteln,
 Jackets u. Kleidern. Tritot zu Taillen
 (gleich zugeschnitten). Pelz, Krimmer,
 Plüsch, Federbesatz, Seide, Sammet, so-
 wie fertige Knaben-Anzüge empfiehlt
 705 **Karle, Waldemarstr. 66, p.**
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10
 Hiermit warne ich jeden, meiner Frau
 auf meinen Namen etwas zu borgen, da
 ich für nichts aufkomme. Fritz Eichler.

Große öffentliche
Volks-Versammlung
 am Freitag, den 12. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 im „Moabiter Kastanienväldchen“, Alt-Moabit 88/90.
 Tages-Ordnung:
 1. Arbeiterschuh-Gesetze. Referent Herr Fr. Theiß aus Hamburg.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 2066
 Die Arbeiter der Vorstädtischen Fabrik mache ich hierauf besonders auf-
 merksam. — Zellerfassung findet statt.
Der Einberufer.

Köpenick.
Große öffentliche Volks-Versammlung
 für Männer und Frauen
 am Freitag, den 12. Dezember cr., Abends 7 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Liebknecht. 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. [2087] **Der Einberufer.**

Grosse öffentliche
Volksversammlung
 für Mariendorf und Umgegend
 am Donnerstag, den 11. Dezember cr., Abends 8 Uhr,
 im Saale des Herrn O. Schensch, Feldstr. 14.
 Tages-Ordnung:
 1. Agitation und Organisation resp. Gründung eines Arbeiter-Bildungs-
 vereins für Mariendorf und Umgegend. Referent B. Werner. 2. Bericht
 der Kommission für die Statutenberatung. 3. Diskussion. — Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. 2084a

Große sozialdemokratische Versammlung
 des Wahlvereins des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises
 am Donnerstag, den 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 im „Königshof“, Wilmsstraße 87.
 Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Der neue Schulgesetz - Entwurf vor
 dem preussischen Landtag.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Verschiedenes und Feagen. 2082
 Um recht rege Betheiligung ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Berliner Streik-Kontrollkommission.
Versammlung
 sämtlicher Delegirten
 am Freitag, den 12. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a. 2086a
 Tages-Ordnung:
 1. Die Aussperrung der Arbeiter in Erfurt, Bergedorf, Altona, Otenhof
 und Hamburg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämtlicher Delegirten ist notwendig. — Punkt 9 Uhr
 Verlesung der Präferenzliste. **Der Einberufer.**

Fachverein der Tischler.
 Freitag, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Orschel's Salon, Sebastianstrasse No. 39.
 Außerordentliche
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Will. Schmidt (Frankfurt)
 über die Gewerbeordnungs-Novelle. 2. Diskussion. 3. Antrag König und
 Genossen und verschiedene Anträge, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und
 Fragekasten. 2022a
 Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Kaufleute!
 Die Versammlung der
Freien Vereinigung der Kaufleute
 am 11. d. Mts. bei Bemer kann Umstände halber nicht stattfinden.
 Die nächste Versammlung findet am
Donnerstag, den 18. Dezember cr.,
 statt. — Näheres „Berliner Volksblatt“ und Säulen an dem betroffenen
 den Tage. **Der Vorstand.**

Soeben erschien:
Heft 14.
Welterschöpfung u. Weltuntergang.
 Die Entwicklung von
 Himmel und Erde auf Grund der Naturwissenschaften.
 Populär dargestellt von
Oswald Köhler.
 Zweite berichtigte u. erweiterte Auflage. Mit 60 Abbildungen.
 (Komplett in 15 Lieferungen.)
 Zu beziehen durch die Expedition, Beuthstraße 3.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

168. Oranienstrasse 168.
Winter-Ueberzieher!!!

Paletot von engl. Double, warm gefüttert	12	Mack
Paletot von engl. Double, schwerer, braun, blau oder mode	14 u. 16	
Paletot von Eskimo, IV., braun, blau, mode, warm gefüttert	15 u. 18	
Paletot von schwerem Floconn	16 u. 20	
Paletot von Eskimo, III., alle Farben, elegant	24	
Paletot von Eskimo, II., alle Farben, sehr elegant	30	
Paletot von Eskimo, I., mit hochfeinem Futter	36	
Paletot von Eskimo, prima, mit hochfeinem Futter	45	
Paletot von Cheviot, sehr elegant	38	

sowie **Anzüge** in Rock- oder Jacket-Jacon und Hosen etc.
 empfehlen in sehr großer Auswahl bei strengster Reellität
R. Götze & Co.,
 168. Oranien-Strasse 168.

Meyer's, Brockhaus'
 Lexicon, Bücher, Bibliotheken kauft
 A. Hannemann, Kochstr. 58. [2044]
 Telephon-Amt 1c. 4027
 Empfehle mein Bierlokal (Sonder-
 Arbeiter-Vergnügung); sämtliche
 werkschafts-Organen liegen aus.
Emil Böh,
 1171 Frankfurt a. M. 74.
 Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 289.

Donnerstag, den 11. Dezember 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

88. Sitzung vom 10. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: von Böttcher, von Malchahn, Vizeadmiral Hollmann u. A.

Eingegangen ist ein Antrag des Reichstanzlers, die Ermächtigung zur Einleitung der strafrechtlichen Verfolgung gegen den Abg. Joest zu erteilen.

Derselbe wird der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Da gestern zu dem Gesetzentwurf wegen Vereinigung Helgolands mit dem Reiche ein Zusatz angenommen worden ist, so mußte eine Zusammenstellung der Beschlüsse gemacht werden; auf Grund derselben wird heute die Vorlage im Ganzen endgültig angenommen.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Feststellung des Reichs-Haushalts-Etats für 1891/92 und betreffend die Aufnahme einer Anleihe wird fortgesetzt.

Abg. Graf Behr (R.-P.) befreit, daß die Arbeiter der Invalidenversicherung kühl gegenüberstünden. Es sei allerdings möglich, das viele noch nicht informiert sind, aber wenn erst einmal die erste Rente gezahlt sein wird, dann werden die Arbeiter schon anderen Sinnes werden. Wenn die Befreiung der landwirtschaftlichen Zölle verlangt wird, dann müsse man auch daran denken, die industriellen Schutzzölle zu beseitigen, welche die Landwirtschaft besonders belasten. Uebrigens seien die Klagen über die Belastung der Arbeiter durch die Getreidezölle durchaus nicht so schlimm, wie es von den Sozialdemokraten immer dargestellt würde. Bezüglich des Etats ist die größte Sparmaßnahme geboten; der vorliegende Etat an sich ist allerdings nicht unangenehm, aber es ist doch zweifelhaft, ob diese günstige Finanzlage dauernd sein wird. Die Ausgaben steigen im Ganzen um 46 Millionen Mark; das ist sehr viel, und man muß untersuchen, ob nicht Ersparnisse gemacht werden können. Die Unteroffizier-Prämien sind ja eine ganz angemessene Ausgabe; aber es scheint mir, als wenn sie schon zu frühzeitig gegeben werden sollen; man müßte den Zeitpunkt, wo sie gewährt werden, um einige Jahre hinausschieben, dann würde der Betrag auch um einige Millionen herabgehen. Natürlich auch unter den einmaligen Ausgaben für Landwehr und Marine könnten Ersparnisse gemacht werden durch Herauschiebung dieses oder jenes Baues. Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern sind sehr vorsichtig nachzusehen, das ist aber auch notwendig, denn die Hochfluth der Einnahmen wird vielleicht bald vorüber sein. Es wird so viel von einer Aenderung des Kurzes in Bezug auf die Zollpolitik gesprochen. Ich möchte die Regierung bitten, darüber eine klare und bündige Auskunft zu geben. Eine Befreiung des Schutzes würde die Landwirtschaft und die Industrie außer Stande setzen, die sozialpolitischen Aufgaben zu erfüllen, welche jetzt gestellt sind. Ich bitte also, die nicht dringlichen Ausgaben zurückzustellen, dagegen das Nothwendige zu bewilligen im Interesse des Friedens. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Z.) wendet sich zunächst dagegen, daß 10 242 500 M. aus den Zöllen und Verbrauchssteuern über die 100 000 000 M. hinaus, welche dem Reiche zufließen, entnommen werden sollen. Das sei ein Verstoß gegen die Frankenstein'sche Klausel, welche ein Fundamentalsatz unserer ganzen Verhältnisse geworden sei. Wie sei überhaupt im Bundesrath eine Mehrheit für die Durchberatung dieser Klausel zu Stande gekommen? Der Reichstag werde hoffentlich darauf nicht eingehen, weil er dadurch sein Einnahme-Bewilligungsrecht selbst durchlöchern würde, denn das Einnahme-Bewilligungsrecht beruhe einzig und allein auf den Matrikularbeiträgen. Die Regierung hätte an dieser Frankenstein'schen Klausel nicht rütteln sollen, denn die Bewegung gegen die Zölle ist ohnehin schon groß genug und der ganze Zolltarif ist ein Ganzes, aus welchem man keinen einzelnen Stein herausnehmen kann. Ohne die landwirtschaftlichen Zölle wäre unsere Land- und Forstwirtschaft wesentlich beeinträchtigt worden. Bei den Verhandlungen mit Oesterreich wird gerade darauf Rücksicht genommen werden müssen und die Herren in Oesterreich brauchen nicht zu denken, daß sie unfererseits leicht Konzeptionen erreichen können, wenn sie nicht selbst welche machen; wir können auch mit den bestehenden Zöllen weiter arbeiten. Ich würde auf diese Dinge nicht eingegangen sein, wenn Herr Richter nicht davon gesprochen hätte. Redner wendet sich dann gegen die Sozialdemokraten und hebt hervor, daß zwischen ihnen ein Zwiespalt zwischen Alten und Jungen entstanden sei; die Jungen seien die gewaltthätigeren. Wenn die Alten gesagt hätten, von Gewalt sei keine Rede, so sei damit ein großes Wort ausgesprochen. Aber die Sozialdemokraten können ihr Ziel nicht erreichen, so lange die gegenwärtige Geschäftsordnung besteht. Die Befreiung dieser Geschäftsordnung sei nur durch gewaltthätigen Umsturz möglich. Gegen die Invalidenversicherung habe ich mit allen Kräften gearbeitet und würde noch heute dagegen sprechen, wenn es von neuem vorgelegt werden würde, namentlich nach der Art und Weise, wie Bebel Herrn Richter geantwortet hat. Er meinte, das Gesetz sei nicht gelungen, aber der eingeschlagene Weg sei der richtige. Aber nachdem das Gesetz einmal eingebracht ist, müssen wir es durchführen, aber hüten wir uns, dem Abg. Bebel auf diesem Gebiete zu folgen, sonst verfallen wir ungewissheit der ganzen Konsequenz der Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Im Etat hat mich am meisten überrascht die hohe Summe der Anleihe, welche wieder aufgenommen werden soll. Die letzte Anleihe war ein Rättsel, welches nicht gelöst worden ist durch die Aeußerungen des Herrn Schatzsekretärs, daß die Finanzverwaltung sich in einer Zwangslage befunden habe. Welcher Art war denn diese Zwangslage? Ich habe nur bei mehreren Ueberlegen gesagt, man hat die dreiprozentigen Papiere nachher im Auslande können sich beruhigen, sie können ihr Geld gar nicht besser anlegen. Aus der schlechten Aufnahme aber, welche diese Anleihe in Deutschland selbst gefunden hat, ergibt sich, daß bei uns das bare Geld knapp geworden ist; wir müssen also um so mehr die größte Sparfameit üben. Man wird jede einzelne Ausgabe auf ihre Nothwendigkeit prüfen müssen. Im Auswärtigen Etat befindet sich die Ausgabe für Ostafrika, deren Höhe mich überrascht hat. Eigentlich wäre es angebracht, für diese Angelegenheit eine besondere Kommission einzusetzen, die namentlich auch zu untersuchen hat, ob und wann denn die Sache dort zu Ende gehen soll. Herr Bamberg hat allerdings gesagt, wir sollten dort jetzt Alles im Stiche lassen. Das kann ich nicht verantworten, denn ich denke, daß nach den großen Opfern, die wir dort gebracht haben (Zuruf links: Und noch weiter bringen müssen!), doch endlich einmal etwas mehr als bisher gemacht werden kann. (Zuruf links: Wo denn?) Herr Bamberg würde mit seinem „Nein“ auch nicht so schnell bei der Hand sein, wenn er nicht wüßte, Herr Windthorst und seine Freunde sagen „Ja“. (Zuruf links: Wie es doch einmal!) Auf die Mehrausgaben, welche die Folgen der früheren Bewilligungen sind, komme ich nicht zurück. Den anderen Ausgaben muß eine Beschränkung auf das unabweisbar Nothwendige eintreten, auch wenn die Forderungen

sonst recht wünschenswerth erscheinen. Dies gilt namentlich bezüglich der Kasernenbauten, der Unteroffizier-Dienstprämien, sowie bezüglich der Schiffsbauten, deren Tempo erheblich verlangsamt werden kann. Ich bitte die Kommission, den Etat gründlich zu prüfen und dabei zu beachten: das Vaterland kann mehr Steuern nicht vertragen. (Beifall im Zentrum und links.)

Reichsschatzsekretär v. Malchahn: Es handelt sich bei 10 Millionen nicht um eine Durchbrechung des Prinzips der jetzigen Abrechnungsweise zwischen Reich und Einzelstaaten, sondern um eine einmalige Maßregel. Der Reichskasse sollen die 10 Millionen Mark, die sie zum 1. April 1891 braucht, zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sollen aus den Ueberschüssen des Jahres 1890-91 genommen werden. Wenn Sie ein anderes Mittel wissen, so werden wir nicht abgeneigt sein, darauf einzugehen. Das Rättsel bezüglich der Reichsanleihe muß ich in Folge der Aeußerungen Windthorst's etwas aufhellen. Es ging nicht mehr an, die Anleihe allein auf dem deutschen Markt unterzubringen; man hat schon früher daran gedacht, 3 v. H. Schuldscheine auszugeben. Die Anleihe vom Februar erforderte für ihre Unterbringung einen längeren Zeitraum. Infolgedessen warteten wir mit der Aufnahme der Anleihe bis zum letzten Augenblick. Der Zeitpunkt für die Aufnahme der Anleihe hängt nicht von der Reichsfinanzverwaltung ab, sondern von dem Fortschreiten der Arbeiten und Anschaffungen, für welche die Anleihe bestimmt ist. Die Aufnahme der Anleihe ist vereinbart worden mit der preussischen Regierung, welche zu gleicher Zeit eine Anleihe begab. Die Thatsache, ob Chefs der einzelnen Verwaltungen zu dieser Zeit auf Urlaub waren oder nicht, hat auch nicht eine Stunde Verzögerung mit sich gebracht. Die Verhandlungen begannen am 5. September, sie erreichten ihren Abschluß am 29. September. Das Konsortium erklärte, daß es keine anderen Papiere als dreiprozentige übernehmen würde zum Kurse von 88,40. Dieser kategorischen Erklärung gegenüber entschied sich das Reich zur Begebung von 170 Millionen Mark, um einen Versuch zu machen, wie sich diese Papiere auf dem Markt behaupten würden. Es soll der ungünstigste Moment für die Anleihe gewählt worden sein. Das übernehmende Konsortium muß den Moment aber doch nicht für so ungünstig gehalten haben, denn zwei Tage bevor wir mit ihm abschlossen, hatte dasselbe 222 Millionen vierprozentige konsolidirte Rumänier zum Kurse von 88,50 übernommen.

Abg. v. Frege (N.): Die Reichs-Finanzverwaltung hätte die 10 Millionen Mark sich auch auf andere Weise beschaffen können, ohne diese Durchführung der Frankenstein'schen Klausel. Es hätte sich den Bedingungen des Konsortiums nicht fügen, sondern nur die Mittel durch Ausgabe von Schatzanweisungen zu decken brauchen, bis das Gold anderweitig auch ohne Konsortium geschafft werden konnte. Warum sollte man denn die Anleihen nicht so auflegen, daß sie Jedermann zugänglich werden, daß auch der kleinste Mann zeichnen kann? Noch viel wichtiger wäre aber die Wiederherstellung des Silbers als Münzmetall. Es ist bedauerlich, daß der frühere preussische Finanzminister, der sonst ein verdienter Mann ist, als Anhänger der Goldwährung gewartet hat, bis diese Frage auf dem internationalen Markt geregelt werden würde. Daß bei der Rehabilitirung des Silbers auch verdächtige Manipulationen vorkommen können, ist zugegeben; aber das kann nur in republikanischen Staaten geschehen. Wenn Rußland die Goldwährung einführen wollte, so würden in allen anderen Staaten mit Goldwährung die bedenklichsten Krisen entstehen. Eine engere Verbindung mit Oesterreich kann nur dann durchgeführt werden, wenn Oesterreich seine Valuta regulirt. Daran erzieht man, wie wichtig die Silberfrage überhaupt ist. Ueber die verschiedenen Mehrausgaben, welche der neue Etat bringt, wird man in der Kommission genauere Untersuchungen anstellen. Die Pferdegeder, welche den Offizieren gegeben werden sollen, bilden ein neues System; man wird die Sache nicht so ordnen können, daß man nur den Subalternoffizieren bis zum Hauptmann diese Pferdegeder giebt, den anderen Offizieren nicht. Die Unteroffizier-Prämien werden geeignet sein, den Mangel an Unteroffizieren zu beseitigen, der sich je länger je mehr sichtbar machen wird. Wenn wir jetzt schon diese Ausgaben bewilligen, werden wir später Ausgaben ersparen. Unsere Stellung in Ostafrika können wir, ohne das deutsche Ansehen zu schwächen und die aufopfernde Arbeit der in Ostafrika theilnehmenden Persönlichkeiten zu vernichten, nicht aufgeben. Die Ausgaben für Ostafrika hat die Regierung sehr erheblich beschränkt. Die Mehrausgaben des Militär-Etats für Verneuerung der Kadettenstellen, Unteroffizier-Vorschulen und Neuformationen der Fußartillerie billigt der Redner und macht darauf aufmerksam, daß Herr Richter sich um 10 verrechnet habe, als er von 90 neuen Kasernen sprach. 10 Kasernen mehr oder weniger seien aber für den Etat des Reiches nicht ohne erhebliche Kosten nothwendigen Bauten an der Ostgrenze werden wir bewilligen müssen; an anderen Stellen können wir vielleicht die Bewilligung um ein Jahr verschieben. Auf die Zuckersteuer will ich nicht eingehen, sondern nur an das Wort des Herrn v. Bebel-Malchow erinnern, welcher davor warnte, in die Verhältnisse der Zuckerindustrie eingzugreifen durch eine Maßregel, welche dem Reiche vielleicht einige Millionen Mark mehr einbringt. Wenn man mehr Reichseinnahmen braucht, dann sollte man nicht den Zucker beunruhigen, sondern das Zündholznopol einführen, welches leicht 25-30 Millionen einbringen kann, wie dies das Beispiel anderer Staaten ergibt. (Bewegung.) Die Auslassungen des Herrn Richter zeigen, daß er nicht weiß, was jeder Terzianer weiß, daß Rom zu Grunde gegangen ist an der Vernachlässigung des Bauernstandes. (Große Heiterkeit.) Herr Richter meinte, es ginge auch ohne den Fürsten Bismarck. Ich nehme nicht an, daß Herr Richter der Regierung Unannehmlichkeiten bereiten wollte; aber es würde Mißtrauen in der Bevölkerung entstehen, wenn es Herrn Richter gelänge, im Volke die Meinung zu verbreiten, daß die jetzige Regierung andere Ziele verfolgt wie Fürst Bismarck. Die Getreidezölle sind Steuer-Ausgleichszölle mit doppelter Wirkung: Sie sollen die Landwirtschaft schützen und sollen für die Reichskasse auch eine erhebliche Einnahmequelle sein von der Einfuhr ausländischer Getreides. Die Einnahmen aus den Zöllen sind ja in den letzten Jahren infolge der Ernteverhältnisse ziemlich hohe gewesen, aber diese Höhe wird nicht andauern, deshalb ist es richtig, daß die Regierung die Zölle vorsichtig veranschlagt hat. Die Zölle dürfen nicht geändert werden; jede Aenderung der Zölle beunruhigt Handel und Industrie. Drei Zeitungen: die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ haben sich einen Feldzugsplan zur Befreiung der Getreidezölle ausgedacht. Ich hoffe aber, daß es nicht gelingen wird, eine solche Maßregel durchzuführen; man steht zu deutlich, daß so und so viel große Lieferanten durch die Zollermäßigung verdienen wollen. Aber man darf nicht vergessen, daß der Bauernstand der größte Roggenproduzent ist (Gelächter links); nicht die Latifundien, auf welche immer hingewiesen wird. Die Preise für Getreide sind noch nicht so hoch, wie vor den Getreidezöllen; deshalb sollte man diese kleinsten Existenzen, den kleinen Landwirth endlich einmal in Ruhe lassen. Herr Bebel ist überhaupt kein Vertreter der arbeitenden Klassen, sondern ein Vertreter der nicht arbeitenden Klassen. (Heiterkeit links.) Wir

sind auch Vertreter der Arbeiter, Herr Bebel ist auch von anderen Leuten als Arbeitern gewählt. Bei der großen Zahl der Mitglieder evangelischer und katholischer Arbeitervereine hat die Sozialdemokratie überhaupt kein Glück. Herr Bebel hat auch davor gewarnt, die ländlichen Arbeiter ebenso zu behandeln, wie die städtischen; er ahnt, daß die ländlichen Arbeiter an der Religion festhalten, für Familienleben u. s. w. noch einen gewissen Sinn bewahren. (Zustimmung rechts.) Die religiösen Anschauungen sollten den Arbeitern erhalten werden. Durch die Befreiung der Getreidezölle will man die Großindustriellen einsparen; aber diese werden darauf nicht eingehen, sondern lieber höhere Löhne bezahlen, um der deutschen Arbeit den Kampf um's Dasein durch den Schutz Zoll zu erleichtern. Wie schlecht es der Landwirtschaft geht, beweist, daß die Stadt Berlin für die Bewirthschaftung ihres Grundbesitzes noch 96 000 M. hat zuschießen müssen. (Zuruf links: Ganz was anderes! Sanitäre Maßregel!) Die Gegner der Getreidezölle wollen die Stellung Deutschlands in den Verhandlungen mit Oesterreich schwächen. (Widerpruch links.) Aber Industrie und Handel haben jetzt eine zehnjährige Schutz-Zoll-Periode hinter sich; sie wissen, daß sie ohne Schutz Zoll waffenlos der auswärtigen Konkurrenz gegenüberstehen würden. Frankreich, Rußland und Amerika haben die Zölle erhöht und dadurch die deutsche Industrie geschädigt. Die Arme kann nur durch Geld erhalten werden, Geld erhalten wir nur durch die indirekten Steuern; deshalb wollen wir den Etat bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. Scipio (natl.): Angehts der Handelsvertragsverhandlungen ist es wohl am besten, über die Meinungsverschiedenheiten in Zollfragen zu schweigen. Bezüglich der Silberfrage will ich darauf hinweisen, daß Amerika mit seiner Maßregel keine guten Erfahrungen gemacht hat; Deutschland würde nicht viel bessere Erfahrungen machen. Ist denn aber die Getreide-Einfuhr aus Rußland und Oesterreich von der Silberwährung abhängig? Haben diese Händler nicht Papierwährung? Würde die Einfuhrung der Silberwährung nicht das Gewicht von dem hervorbringen, was man erwartet, namentlich statt einer Verminderung eine Zunahme der Getreide-Einfuhr. (Zustimmung links: Widerspruch rechts.) Alle neuen Ausgaben, wo sie nicht durch Gesetze nothwendig sind, müssen genau auf ihre Nothwendigkeit geprüft werden. Durch die Pferdebeschaffung werden die Subaltern-offiziere erheblich belastet, aber es werden andererseits Pterderationen bewilligt, die nicht gerade nothwendig sind; die Kommission wird hier eine Neuregelung eintreten lassen müssen. Die Unteroffizier-Dienstprämien haben eine gewisse Begründung, aber weise Sparfameit muß auch hier walten. Daß wir bezüglich der Kolonialpolitik zu einer gewissen Ruhe gekommen sind, ist mit Freuden zu begrüßen. Daß der Reichstag für die deutschen Reichsangehörigen in Ostafrika nicht verringert werden darf, ist selbstverständlich. Die Ostafrikanische Gesellschaft tritt von dem Vertrag mit dem Sultan von Sansibar zurück gegen Gewährung einer Rente, die sie nicht für sich, sondern nur für das Land verwenden darf. Es ist viel besser, wenn das Reich die Hoheit über die Zollerhebung hat, nicht eine Privatgesellschaft. Auf diese Frage will ich nicht näher eingehen, weil ich in dem Verwaltungsrath der Gesellschaft bin. Bezüglich Südwestafrika begrüße ich es als einen Fortschritt, daß 25 000 M. zu Kolonisationsversuchen ausgeworfen sind; das Klima ist ein solches, daß deutsche Ackerbauer und Viehzüchter dort gedeihen können. Es wird sich fragen, ob nicht im Anschluß an die Arbeiterkolonien noch weitere Kolonisationen unternommen werden können. Auf die Zuckersteuer will ich heute nicht eingehen, sondern nur den einen Punkt hervorheben, daß die Lage unseres Etats zu einer Erhöhung der Einnahmen aus dem Zucker keine Veranlassung giebt. Dem besseren Wohlstand Deutschlands verdanken wir der unentwegten Friedenspolitik, deren Grundlagen gelegt sind von Kaiser Wilhelm I. und seinem Kanzler, dem Fürsten Bismarck. Das Vertrauen in die Festigkeit unserer Politik bei den anderen Völkern wie im Inlande ist die erste und beste Grundlage für die weitere Ausgestaltung unserer Finanzen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Riekert (Dr.): Ueber die Agrarpolitik des Herrn v. Frege werden wir uns ja noch später zu unterhalten haben; daß die Zeitungen eine Verwöhnung geistigt haben zur Störung des Tarifs, ist eine seltsame Anschauung; haben denn die Herren sich geschaut, die Welt zu beunruhigen, als es galt, den Tarif von 1879 zu ihren Gunsten zu erhöhen? Und Sie wollen es den Leuten, welche im Interesse der armen Leute eine Ermäßigung der Zölle fordern, verwehren, dies offen zu thun? Daß das Ansehen Deutschlands von diesen Einnahmen aus den Agrarzöllen abhängt, geht doch wirklich zu weit. Haben wir denn keine anderen Einnahmequellen? Wenn wir doch die Rede über die Sparfameit nicht am Anfang, sondern am Ende der Etatsdebatten zu hören beläßen, dann könnten wir auch die Thaten sehen! Machen wir doch einige kräftige Striche beim Militär- und Marine-Etat! Namentlich Herr Windthorst wird hoffentlich dabei helfen. Bezüglich der Kolonialpolitik bin ich weniger hoffnungsvoll, Herr Windthorst wird doch nachher Alles bewilligen, nachdem er einmal A gesagt hat. Die Vereinfachung von zehn Millionen für die Reichskasse berührt die Klausel Frankenstein durchaus nicht; es ist eine rein technische Maßregel. Die Zurückweisung des Reichstanzlers auf die Bemerkung Richters war so scharf, wie noch keine Rede von ihm, ohne daß Richter dazu Anstoß gegeben hätte. Ist es denn nicht begreiflich, daß wir als Gegner der Invalidenversicherung unseren Standpunkt festhalten! Haben nicht andere Instanzen sich ebenfalls gegen die Invalidenversicherung erklärt, so noch die Vieleselber Handelskammer, an deren Spitze sich ein nationalliberaler Reichstags-Abgeordneter befindet. Der jetzige Reichstag würde das Gesetz niemals angenommen haben. (Sehr richtig!) Herrn von Frege gebe ich keine Antwort darauf, daß es unsere Absicht wäre, die Stellung der Regierung zu schwächen gegenüber dem Auslande; wenn ein Reichstags-Abgeordneter sich so etwas herausnimmt, so verdienen seine Aeußerungen nicht diejenige Beachtung, die man sonst einem Abgeordneten schenkt. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Ich weiß überhaupt nicht, wie solche Erörterungen die Verhandlungen fördern können. Ist denn die Oesterreichische Regierung über die Stimmung in Deutschland so wenig unterrichtet? Solche Verhandlungen zwischen zwei Staaten sind überhaupt keine Pferdehandel. (Zustimmung links.) Sind denn nicht vor vier Wochen alle diese Dinge im preussischen Landes-Oekonomikollegium in Anwesenheit des landwirtschaftlichen Ministers behandelt? Hat man nicht ein starres Festhalten an den bestehenden Zöllen verlangt? Der erste freisinnige Abgeordnete, der etwas davon sagt, erfährt eine schroffe Zurückweisung seitens des Reichstanzlers. Erst durch diese Vorgänge, durch die Mittheilungen, daß ein Differentialzollsystem in Aussicht stehe, ist die Beunruhigung eingetreten; denn gegen die Differentialzölle muß die ganze Geschäftswelt sich wehren. Wir haben uns gefreut, daß der Herr Reichstanzler von seinem Amtsantritt an uns anders entgegengetreten ist, als früher. Wir verlangen die Gleichberechtigung, keine Bevorzugung. Das Recht werden wir uns nicht kurzen lassen, daß wir unsere Ueberzeugung vertreten. Man kann uns scharf zurückweisen, aber man darf uns nicht vorwerfen, daß wir weniger Patriotismus hätten. (Zustimmung bei den

Freistunden.) Daß die Regierung mit dem Invalidenversicherungs-Gesetz eine Besserung zu eintreten lassen wollen, ist richtig; aber die ganze Sozialpolitik hat keine Bedeutung neben diesem Steuer- und Wirtschaftssystem. (Sehr richtig! links.) Stellen Sie die Bevölkerung vor die Wahl: Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel oder Invalidenversicherung; die Entscheidung wird für das erstere fallen.

Reichstagskanzler v. Caprivi: Ein österreichischer Abgeordneter, Herr Plener, hat sich dahin ausgesprochen, die ganze deutsche Zollpolitik müsse Frasto machen. Deutschland sei durch seine öffentliche Meinung genötigt, die Agrarzölle aufzuheben. Warum solle man sich in Oesterreich noch viel mit einem Zoll plagen, wenn Deutschland ohnehin, auch ohne Konzessionen, den Zoll später lassen muß. Ich stelle Herrn Plener anheim, zu untersuchen, von welcher Seite die Reden, auf welche Herr Plener seine Behauptungen aufbaute, gefallen sind. (Beifall rechts. Widerspruch links.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die weitere Beratung um 5/4 Uhr bis Donnerstag 1 Uhr vertagt. Außerdem einige Rechnungsvorlagen und erste Beratung der Zuckersteuer.

Parlamentarisches.

10. Sitzung der Petitions-Kommission, am 10. Dezember 1890.

Eine Petition von Gastwirthen aus einer Anzahl rheinischer Städte wünscht eine Abänderung des § 83 der Gewerbe-Ordnung, Konzessionierung von Schankwirtschaften betr., und zwar soll der Reichstag beschließen:

1. Die Trennung der Wirtschaften in zwei Klassen, mit oder ohne Berechtigung des Ausschanks geistiger Getränke, wird aufgehoben;
2. daß der Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus im Interesse der Sittlichkeit und des Volkswohles in angemessener Weise beschränkt werde;
3. daß die Ertheilung einer Konzession von dem Charakter und der Qualifikation des Nachsuchenden abhängig gemacht und durch feste gesetzliche Bestimmungen geregelt werde.

Ref. Abg. v. Hellmann konstatiert, daß alle früheren ähnlichen Petitionen für ungeeignet zur Erörterung im Plenum befunden worden seien, da Verhandlungen zur Regelung der Frage in der Regierung, welcher die Petitionen als Material übergeben werden sollen, scheiterten. Die vorliegenden Petitionen haben die Referenten veranlaßt, einen Regierungsvortrag zur Beratung hinzuzuziehen. Die Petenten halten den „Saustrom“, der aus dem Kleinhandel mit Branntwein hervorgeht, für „entfälschend und die Völlerei fördernd“, während der Wirtschaftschank „nicht ins Verderben führe.“

Regierungskommissar, Geh. Ober-Reg.-Rath Johann erkl. die Verhandlungen in dieser Frage seien weiter vorgeschritten und neben einer Masse anderen Materials liege auch die betreffende Petition der Regierung vor. Ob und inwiefern diese Petition benutzt werden könne, sei Redner im Augenblick außer Stande festzustellen. Die Regierung werde bei Abschluß der Verhandlungen dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen.

Die Referenten erklären sich für dasselbe Verhalten, das den früheren Petitionen gegenüber eingeschlagen worden ist, und die Kommission entscheidet sich demgemäß.

Die Petition, welche sich gegen die Frachtberechnung beim Transport lebenden Viehes wendet, wird nach längerer Auseinandersetzung zwischen dem Regierungskommissar, Geh. Ober-Reg.-Rath Cress und dem Referenten Abg. Mündy der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Das Anlaufen der Reichspost-Dampfer der deutschen Ostafrika-Linie in Rotterdam fordern mehrere Petitionen, die eine längere Debatte veranlassen. Nach den ausführlichen Darstellungen des Ref. Abg. Stephan und der Erklärung des Kommissars, daß nach den in diesem Jahre gemachten Vertragsabschlüssen mit den beteiligten Gesellschaften die Dampfer Rotterdam anlaufen, werden die Petitionen als vorläufig erledigt betrachtet.

Die Petition eines Musikerverbandes wünscht Abänderung der §§ 83b und 85 der Gewerbe-Ordnung und will für die Ausübung des Gewerbes eine Besichtigungsmöglichkeit eingeführt wissen. Die Kommission beschließt einstimmig die Abweisung der Petition, weil sie ein solches Bedürfnis nicht anerkennt.

Der Magistrat zu Ziegenbalg petitionirt um zollfreie Einfuhr des von seinen an Oesterreich verpachteten Grenzlandereien gewonnenen Getreides. Die Pächter fahren das geerntete Getreide über die Grenze in ihre Befestungen, um dort den Ausbruch vorzunehmen. Bei der Wiedereinfuhr auf deutsches Gebiet muß dies auf deutschem Boden gewachsene Getreide verzollt werden.

Ref. Abg. Scipio beantragt, die Petition nicht vor das Plenum zu bringen.

Abg. Gulisch schließt sich dem an. Er, Redner, habe früher über solche Sachen im Plenum referirt, beispielsweise über die Petition der sächsischen Bäder an der böhmischen Grenze, welche sich durch die Einfuhr kleiner Mengen Mehl, Brot und Getreide benachteiligt fühlten, — und das Plenum habe die Petition abgewiesen.

Abg. Seyer konstatiert, daß es sich in der vorliegenden Petition um ganz andere Verhältnisse handle, als Herr Gulisch anzunehmen scheine. Das große Uebel sei der Zolltarif, der nun diese kleinen Uebel nach sich ziehe. Die Petition scheine ihm, Redner, bedeutend genug, um sie nicht sofort von der Hand zu weisen, sie enthalte Material für Zollrevisionen.

Abg. Bursche findet die Lage etwas verwickelt, wie die Zollpolitik so manches derartige im Gefolge habe und ist ebenfalls für eine Ueberweisung an die Regierung.

Abg. Mündy meint, wenn auch öfter eine Angelegenheit von dem Plenum abgewiesen sei, könne man doch nicht auf eine abermalige Behandlung, wie Herr Gulisch wünsche, verzichten. Die Innungen hätten lange Jahre das Plenum behelligt und Herr Gulisch sei doch auch damit zufrieden gewesen. Nach längerer Debatte beschließt die Kommission auf Antrag des Abgeordneten v. Kehler, zur weiteren Beratung einen Regierungskommissar zuzuziehen.

Nächste Sitzung den 11. Dezember, Vormittags 10 1/2 Uhr.

Lokales.

Die zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat vereinbarte neue Polizeiverordnung gegen die Verseuchung Berlins durch Tuberkulosefranke ist unter dem 8. d. M. veröffentlicht. Durch dieselbe wird die Polizeiverordnung vom 7. Februar 1887, betreffend die Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten, durch folgende Bestimmungen ergänzt: In den ansteckenden Krankheiten, welche unbedingt die vorschriebmäßige Desinfektion erfordern, treten alle Erkrankungen und Sterbefälle an Lungen-, Kehlkopf- und Darm-Tuberkulose hinzu, welche in dem öffentlichen Verkehr dienenden Aufenthaltseinrichtungen vorkommen. In den Haushaltungsvorständen bzw. Stellvertretern (in Anstalten die Leiter, Verwalter, Hausknechte etc.), welche zur Desinfektion verpflichtet sind, gehören auch die Unternehmer von Privat-Krankenanstalten, sowie die Wäscher und Leiter aller dem öffentlichen Verkehr dienenden Aufenthaltseinrichtungen, wie Gasthöfe, Logishäuser, Herbergen, Pensionate, Chambres garnies, Schlafstellen und dergleichen mehr. Kerzte, welche an Lungen-, Kehlkopf- und Darm-Tuberkulose Erkrankte in den vorbezeichneten Aufenthaltseinrichtungen etc. behandeln oder aus denselben anderweitig übernehmen, sind verpflichtet, hiervon der Sanitätskom-

mission binnen 24 Stunden auf den üblichen Meldebarten Anzeige zu machen. Die Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Ein furchtbares Brandunglück, bei dem auch ein Menschenleben vernichtet worden ist, ereignete sich in vorverfloßener Nacht auf dem Grundstück Schiffbauerdamm 19. Die Gebäude, welche auf dem ausgedehnten Grundstück stehen, sind uralte Baracken, leicht gebaut und, wie man auf den ersten Blick sehen kann, ungeheuer feuergefährlich. Meist Fachwerk, gleich das winklige Haus mit seinen hölzernen Treppen, Bretterverschlagen und freiliegenden Balken geradezu einem Holzstaken. Gegen 3 Uhr früh bemerkte einer der zahlreichen Hausbewohner, ein Schlossergeselle, aus einer vom Hausflur rechter Hand nach dem Hofe zu gelegenen Küche, welche dem Sattlermeister Jakob als Werkstätte dient, dicke Rauchwolken, und der sich schnell verbreitende bränzliche Geruch ließ den Erwachten die Gefahr sofort erkennen. Der Beckflatt gegenüber liegt das Schanklokal der Albrecht'schen Eheleute. Dieselben schlafen ebenfalls nach dem Hofe heraus. Diese sowie den Dienstherrn Mose weckte der Schlossergeselle. Doch das Feuer, welches schon seit längerer Zeit in der Werkstätte gewühlt haben mag, brach sich in demselben Moment gewaltsam einen Weg durch die nach dem Korridor führende Thür und ledte mit Bligeschwindigkeit an der unmittelbar neben der Thür auf dem Hausflur freiliegenden Holzstiege hinan, welche zu den Bewohnern des ersten Stockwerkes und der Dachkammern führt. Die Albrecht'schen Eheleute hatten noch nicht einmal Zeit, sich dürftig zu bekleiden, da der dicke Qualm die ganzen Räumlichkeiten erfüllte. Nur mit Mühe vermochte sich die behäbige Birthin noch durch das Schanklokal durchzuschlagen und unter letzter Kraftanstrengung im Hemde die Straße zu erreichen. Nicht viel besser erging es den übrigen Hausbewohnern. Es ist geradezu als ein Wunder zu betrachten, daß der Geselle Mose's noch gerade im letzten, im dringenden Moment erwacht ist; einige Minuten später wären bestimmt ein halbes Dutzend Menschen in dem Flammenmeer umgekommen. Das Wehgeschrei, das Hilferufen war geradezu sinnverwirrend. Die Eltern riefen nach ihren Kindern, diese nach den Eltern, und nur instinktiv vermochten die Leute noch die Rettung bietenden Fenster und Thüren zu gewinnen. Schnell legte man Beilen unter die Fenster und Alles sprang aus dem niedrigen ersten Stockwerk herab. Oben in der Dachkammer schliefen der Hausfuchs und das Dienstmädchen des Schankwirts Albrecht, Ernst Fuchs und Emma Thiele, sowie ein Lehrling des Schuhmachers Lehmann, Johannes Friebe. Diese waren am Schlummern daran; als sie aus dem Bette sprangen, füllte bereits undurchdringlicher Rauch das ganze Haus. Halb wahnsinnig vor Angst, stürzten sich alle Drei dem Qualm entgegen und mit Todesverachtung ging es die brennende Treppe hinunter. Und wunderbar, alle drei kamen, zwar mit zahlreichen Brandwunden am Kopf, an Händen und Füßen, aber lebend unten an; ja sie waren sogar im Stande, zu Fuß nach der nahegelegenen Charitee zu gehen und ihre Aufnahme selbst zu veranlassen. Ein schreckliches Ende fand ein unglücklicher Diener, der Währg's Sohn Hermann der Wittve Goncha. Frau Goncha wohnt im ersten Stockwerk eine vom Korridor durch Bretterverschlagen und Holzwände abgeschlossene Wohnung. Ein Zimmer hat die Frau vermietet. Während sie mit ihren beiden erwachsenen Töchtern in der neben der Küche gelegenen Stube schläft, hat der taubstumme und blödsinnige Sohn sein Lager in der Küche dicht neben der Kochmaschine gehabt. Als Frau Goncha durch das Hilferufen erwachte und die drohende Gefahr bemerkte, galten ihre ersten Gedanken dem unglücklichen Sohne, den sie auf das Järtlichste liebt. Sie eilte zur Küche, fand aber das Bett leer und die Thür offen, d. h. angelehnt. Mühte Frau Goncha nun einerseits annehmen, daß ihr unglückliches Kind noch rechtzeitig die Treppe erreicht hatte, so verhinderte sie der ihr entgegenlagende Rauch am Vordringen und machte es zur Unmöglichkeit, daß sie sich von ihrer Hoffnung überzeugen konnte; ja sie mußte schleunigst in ihre Stube zurück und von da nach der vermietheten Vorderstube, um nicht selbst Gefahr zu laufen, zu eilen. Unterdessen hatte man die Feuerwehre allarmirt, die Bewohner selbst waren aber schon mit Löschern bei der Hand, denn sonst hätte das Feuer eine furchtbare Ausdehnung genommen. Die Feuerwehre war schnell zur Stelle und löschte die Sattlerwerkstätte bald ab; die Treppe, sowie das Holzgerippe der Verschlagen und der Thüren in der ersten Etage waren sämtlich angebrannt. Nun fand die Feuerwehre auch dicht vor der Thür, auf dem Korridor oben an der Treppe den unglücklichen Sohn der Goncha, scheinbar nur bewusstlos, auf den Dielen liegend vor. Hermann Goncha war nur mit dem Hemde bekleidet. Man trug ihn auf sein Lager und stellte Wiederbelebungsversuche an, doch umsonst. Beim die Stichtammen, welche an dem Gehölz und Gebälz züngelten, ihm auch erhebliche Brandwunden an den Schienbeinen, an der Bauchwand und im Gesicht beigebracht hatten, sie wären wohl nicht tödlich gewesen. Der unglückliche Diener war aber in dem furchtbaren Qualm erstickt. Es wird angenommen, daß Goncha in seinem Zustande rathlos zur Treppe gerannt ist, sich aber nicht in die Flammen gewagt und daher ohnmächtig zusammengebrochen ist; dies dürften auch die Beulen an seinem Kopfe, das Blut aus Nase und Mund beweisen. Der Schmerz der Mutter, als sie von dem schrecklichen Ende ihres Kindes hörte, war herzzerreißend. — Auf welche Weise das Feuer ausgekommen ist, konnte nicht ergründet werden. Sattlermeister Mose giebt an, daß er ordnungsmäßig am Abend, bevor er und seine Leute zu Bett gegangen seien, die Lampen ausgelöscht habe. Der Heerd des Feuers ist dicht an der Kochmaschine in dem Gebälz des Fußbodens zu suchen und scheint an der Maschine entstanden zu sein.

Die „weiße Scheibe“ am westlichsten Fenster des ersten Stock der Feuerwache auf dem Spittelmarkt dürfte bisher nur von Wenigen beachtet sein, obgleich sie das einzige öffentliche Zeichen in ganz Berlin ist, welches das Vorhandensein eines Feuers kund giebt. Fehlt die „weiße Scheibe“ am genannten Fenster, so ist Berlin in seiner ganzen Ausdehnung „feuerlos“. Die Scheibe ist ursprünglich eingeführt worden, um den außer den Depots befindlichen Offizieren und Mannschaften, welche den sehr frequenten Spittelmarkt passieren, Kunde von dem Ausbruch eines Feuers geben zu können, hat sich allmählich aber zu einer auch von der Polizei und anderen öffentlichen Organen beachteten Einrichtung herausgebildet, und kein Sicherheitsbeamter Berlins dürfte wohl den Platz passieren, ohne einen Blick auf das Fenster geworfen zu haben.

Eine „lebende Fackel“ erregte vorgestern früh in der achten Stunde das Entsetzen der Passanten der Brunnenstraße. Aus dem Hause Nr. 61, in welchem der Vorkochhändler Herr M. sein Geschäft betreibt, strömte plötzlich eine lichterloh brennende weibliche Gestalt. Es war dies das Mädelchen Dienstmädchen, dessen Kleidung beim Anzünden der Lampe Feuer gefangen, und die nun in ihrer Todesangst auf der Straße Rettung suchte. Glücklicherweise besaß Herr M. so viel Besonnenheit, daß er rasch ein Bettfluch ergriff und damit der Unglücklichen auf die Straße nacheilte. Mit Hilfe desselben und einiger ihrer Arbeitsstätte zuweilenden Arbeiter, die sich an dem Rettungswerk beteiligten, gelang dies ihm denn auch glücklich, wobei es auch für die Kletter nicht ohne Verletzungen an den Händen abging. Die Brandwunden des Mädchens sind zwar nicht unerheblich, jedoch erscheint eine Lebensgefahr ausgeschlossen.

Hinfortlich der beiden in den Schanklokalen der Schützen- und Mauerstraße ausgeführten Einbrüche wird jetzt mitgeteilt, daß die Thäter durch die Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden sind. Bezüglich des Falles in der Mauerstraße steht jetzt, nach dem Zugeständnis der Verbrecher, fest, daß die beiden Dienstmädchen den Vorgang richtig bei der Anzeige geschildert hatten. Der Antistat der Einbrüche ist ein in der Gastwirtschaft früher beschäftigt gewesener Hausdiener Jekisch, welcher den Arbeiter Kofchitzky zur Theilnahme zu überreden gewußt hatte. Beide haben sich in den Abendstunden in das Grundstück eingeschlichen und in einer Laube so lange verdorren

gehalten, bis das Schankgeschäft geschlossen war. Nachdem es alsdann zuerst die Labentasse erbrochen hatten, ohne darin das vermuthete Geld zu finden, bestimmte Jekisch seinen Begleiter, ihm in den im Keller belegenen Schlafraum der Mädchen zu folgen, um die Koffer derselben zu untersuchen. Sie nahmen sich eine Schnur und eine Art mit, um für den Notfall dem einen Mädchen die Hände zu binden und das andere durch Bedrohung zur Ruhe zu bringen. Als die Einbrecher in der Schlafstube an den Koffern arbeiteten, erwachte das eine Mädchen und schlug Alarm, wurde aber sofort ruhig, als Jekisch seinem Genossen zurief: „Hole einmal die Art her!“ Die Mädchen gaben darauf ihren Paarschaft heraus. Kofchitzky giebt auch zu, die Rückzahlung des erpressten Geldes versprochen zu haben. Um weit gefährlicherer Verbrecher handelt es sich, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, bei dem in der Schützenstraße bei Schulz ausgeführten Einbruch. Hier liegt indessen die Sache so eigenartig, daß von einer weiteren Mittheilung Abstand genommen werden muß.

Eine unheimliche Fahrt hatten am Freitag voriger Woche, wie nachträglich gemeldet wird, die Fahrgäste eines nach Rixdorf fahrenden Pferdebahnwagens. Eine korpolente Dame hatte in Berlin den Wagen bestiegen und war noch nicht lange gefahren, als sah sie Blässe ihr Antlitz überzog. Erschreckt sahen die übrigen Fahrgäste diese Veränderung in ihrem Gesicht und theilnahmlos beugte man sich über die hintenüber gesunkene Frau, welche mit unsicherer Hand tastend nach dem Herzen griff. Aber nur noch verlassene Augen starrten aus einem Todtengesicht die entsetzten Mitpassagiere an. Ein Schlaganfall hatte dem Leben der Dame ein jähes Ende bereitet. Ein Schuhmann stieg ein, welcher mit der Leiche in den Wagen bis nach dem Depot fuhr, woselbst dieselbe herausgetragen und später nach der ermittelten Wohnung befördert wurde.

Polizeibericht. Am 9. d. M. Morgens wurde auf dem Neubau, Dresdenstr. 69, der Bauwächter Weinhold in einem Zimmer, in welchem ein brennender Kofalstob aufgestellt war, durch Kohlendunst betäubt aufgefunden und nach der Charitee gebracht. — Vormittags wurde auf dem Grundstück Rofitzky 12 ein unbelasteter, etwa 50 Jahre alter Mann am Fuß einer Kellerstiege todt aufgefunden. Anscheinend ist er in der Dunkelheit von der Treppe gestürzt und infolge der erlittenen schweren Verletzungen auf der Stelle verstorben. — Nachmittags wurde an der Ecke der Bellealliance- und Wartheerstraße ein Mann von einem Geschäftswagen überfahren und am rechten Auge, sowie innerlich so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Abends wurde in den Anlagen des Lustgartens ein Mann bewusstlos und aus dem Munde blutend vorgefunden und nach der Charitee gebracht. Wie dort festgestellt worden ist, hat er sich durch Schüsse in den Mund und in die Brust selbst schwer verletzt. — Zu derselben Zeit wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Fischerstraße erhängt vorgefunden. — In der Nacht zum 10. d. Mts. brach in einer im Erdgeschoß des Hauses Schiffbauerdamm 19 belegenen Sattlerwerkstätte Feuer aus, welches auch das Treppenhäus ergriff. Von den Hausbewohnern wurde ein Mann, zwei Frauen und zwei Kinder durch die Feuerwehre gerettet, während das Dienstmädchen Thiele, der Hausdiener Fuchs und der Schuhmacher-Lehrling Friebe, weil sie vor dem Eintreffen der Feuerwehre sich über die brennende Treppe zu retten versucht hatten, so schwere Brandwunden am Kopf und an den Händen erlitten, daß sie nach der Charitee gebracht werden mußten. Das taubstumme und geisteschwache Kofschka, welcher sich auf gleiche Weise zu retten versucht hatte, wurde auf dem Vorflur der Treppe todt aufgefunden. Er ist augenscheinlich von der Stichtamme erstickt und vom Rauch betäubt worden. — Am 9. d. M. Nachmittags und Abends fanden außerdem 7 Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Nach einer ganz neuen Auslegung des § 153 der deutschen Gewerbe-Ordnung, welche gestern in einer schöffengerichtlichen Verhandlung durch den Vertreter der Staatsanwaltschaft vertheidigt wurde, würden die so zahlreich in den Arbeiterblättern erscheinenden Annoncen: „Ueber die Firma M. ist die Sperre verhängt, Zugang ist fern zu halten“ schon als strafbare Verurtheilungen im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung zu gelten haben. Der in Berlin wohnhafte Redakteur der in München erscheinenden „Deutschen Böttcher-Zeitung“ war auf Grund des § 153 angeklagt, weil infolge des in der Bodenheimerischen Fabrik zu Kofschka ausgebrochenen Streiks, in dem Blatte etwa folgende Inferrat erschienen war: „Ueber die Firma M. W. Bodenheimer zu Kofschka ist infolge eingetretener Lohnhöhen die Sperre verhängt, Zugang ist fern zu halten, es wird erucht Fässer aus jener Fabrik nicht zu verpichen oder zu verladen. Die Sperrkommission.“ — Der Angeklagte bestritt, sich durch Aufnahme dieser Annoncen strafbar gemacht zu haben. Der Streit in der Bodenheimerischen Fabrik sei durch große Ungutzuglichkeiten daselbst provokirt worden, Herr Brauereidirektor Köfisch sei selbst nach Kofschka gefahren, um zu vermitteln, seine Versuche seien aber an der Unmöglichkeit der Firma gescheitert und infolge dessen die Sperre verhängt worden. Dies komme seit dem Bestehen der Gewerbe-Ordnung vor und liege innerhalb des Rechts der im § 152 gedruckten Koalitionsfreiheit. — Der Staatsanwalt verwies jedoch auf den Wortlaut des § 153: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Verurtheilung und dergl. zu bestimmten Verurtheilungen zwingt, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen Theil zu nehmen, oder ihnen Folge zu leisten, wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.“ Hier in diesem Falle sollten auch „Andere“, nämlich die Arbeitgeber, durch Verurtheilung gezwungen werden, den Verabredungen der Arbeitnehmer zur Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen „Folge zu leisten“ und deshalb finde der § 153 Gew.-Ordn. Anwendung. Der Staatsanwalt beantragte demgemäß 6 Wochen Gefängnis. — Rechtsanwalt Meine: Hier handle es sich um einen — jetzt schon in mehreren Nummern vorliegenden — allerneuesten Versuch, dem § 153 der Gewerbe-Ordnung plötzlich eine ganz neue Seite abzugewinnen. Seit den 23 Jahren des Bestehens der Gewerbe-Ordnung sei es noch keinem Menschen eingefallen, den § 153 anders als dahin aufzufassen: es soll einer Koalition von Standesgenossen verboten sein, durch Verurtheilung ihre eigenen Standesgenossen zu zwingen, gewissen getroffenen Verabredungen Folge zu leisten. Verurtheilungen an sich seien, wenn sie keine Verurtheilungen enthielten, nicht strafbar, bisher sei es auch als nicht strafbar erachtet worden, wenn von der Gruppe der Arbeitnehmer eine solche Verurtheilung gegen einen Arbeitgeber oder vice versa ausgespielt wird. Man habe bisher nichts davon gehört, daß der § 153 gegen die Arbeitgeber herangezogen worden, welche sich gegenseitig verpflichteten, keinen Arbeiter wieder einzustellen, der am 1. Mai gefeiert hat, oder welche ein Abkommen dahin getroffen, Mitglieder eines bestimmten Fachvereins nicht in Arbeit zu nehmen. Es sei bedauerlich, daß dieses neue Experiment mit dem § 153 nicht vor der Strafkammer gemacht worden, damit sich das Reichsgericht damit befassen könne. Die Konsequenzen dieser neuen Auslegung müßten zu einer vollständigen Umgestaltung unseres gewerblichen Lebens, sowohl auf Seiten der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer führen. Danach würde ein Fabrikherr nach § 153 strafbar sein, wenn er durch eine neue Fabrikordnung sich bessere Arbeitsbedingungen — nach Verabredung mit anderen Fabrikherren — schafft und diejenigen Arbeiter entläßt, welche sich dieser neuen Ordnung nicht fügen. Für die Arbeiter aber würde die Koalitionsfreiheit plötzlich aufhören, denn bei Durchkämpfung von Streiks sind solche Annoncen, wie die hier in Frage stehende unermesslich. — Der Gerichtshof hielt die neue Interpretation des Staatsanwalts aus dem Sinne und Wortlaut des § 153 nicht für entsprechend und erkannte auf Freisprechung.

Versammlungen.

Kongress der freien eingeschriebenen Hilfskassen. Dritter Tag.

Am heutigen Sitzungstage fährt Blume-Hamburg den Vor-
sitz. Der Eintritt in die Tagesordnung wird vom Bureau mit-
geteilt, daß Herr Rath Koch angefragt worden sei, ob er ge-
neigt sei, die Deputation des Kongresses zu empfangen. Durch
den Vertreter des Herrn Rath ist der Bescheid eingegangen, daß
Herr Rath Koch nicht gut in der Lage sei bei der großen
Arbeitslast, die ihn gegenwärtig drückt, die Deputation zu
empfangen; angenehm würde ihm eine Dankadresse sein, da er ja
auch ein dauerndes Erinnerungszeichen besitzen würde. Der
Kongress ist mit dieser Regelung der Angelegenheit einverstanden
und beauftragt den Vorstand mit der Abfassung und Über-
sendung der Adresse. Der Vorsitzende teilt mit, daß Reichstags-
Abgeordneter Diez und Mollenbuhr im Saale anwesend
sind. Die zur Prüfung der großen Anzahl von Resolutionen ein-
gesetzte Kommission hat ihre Arbeiten beendet.

Zöblin-Berlin ersucht als Berichterstatter dieser Kommission
den Kongress zu beschließen, daß diese sämtlichen Resolutionen
als durch die gefassten Beschlüsse erledigt angesehen werden. Der
Kongress beschließt dem Antrage gemäß. Es wird sodann die
geleitete Abänderung über die Abänderungsanträge
geleitete Abänderung über die Abänderungsanträge
geleitete Abänderung über die Abänderungsanträge

§ 6, daß Kassenmitglieder, welche infolge der Erfüllung ihrer
Dienstpflicht im Meer oder in der Marine ausgeschieden sind, mit
dem Zeitpunkt des Wiedereintritts in die Kasse ihre früheren
Rechte an der Kasse erwerben sollen, falls sie binnen 14 Tagen
nach Entlassung aus dem Militärdienst ihre Gesundheit ärztlich
nachweisen können. Der Antrag wird angenommen. Ein
weiterer Antrag Hamburg zielt darauf ab, daß alle diejenigen,
welche durch Kaufhandel und Trunkenheit oder durch geschlecht-
liche Ausschweifungen selbst verschuldet in Krankheit gerathen,
und welche jetzt keine Unterstützung erhalten, dann in Zukunft
Krankengeld erhalten sollen, wenn sie sich in einer öffentlichen
Heilanstalt behandeln lassen. Auch dieser Antrag wird an-
genommen. Nach § 7 des Hilfskassen-Gesetzes soll folgenden Zufall
erhalten: Die Kassen sind ermächtigt, Vorschriften über die
Krankenmeldung, über das Verhalten der Kranken und über die
Krankenaufsicht zu erlassen und zu bestimmen, daß Versicherte,
welche diese Vorschriften oder den Anordnungen des behandelnden
Arztes zuwiderhandeln, Ordnungsstrafen zu erleiden haben oder
des Krankengeldes ganz oder theilweise verlustig geben. In der
Debatte werden einzelne Stimmen dagegen laut, welche in diesen
Bestimmungen Inhumanität erblicken, andererseits wird geltend
gemacht, daß für die geübliche Entwicklung der Kasse ein solcher
Schutz gegen unreelle Mitglieder notwendig ist. Die Mehrheit
des Kongresses votirt für den Antrag. § 12 des Hilfskassen-
Gesetzes, welches für die Familienangehörigen der Mitglieder nur
freie ärztliche Behandlung zuläßt, soll auf Antrag Pitta-
Hendburg dahin erweitert werden, daß den Familienangehörigen
der Mitglieder auch Medikamente, Heil- und Erleichterungsmittel,
sowie bei eintretendem Todesfall ein Beitrag zu den Beerdigungs-
kosten gewährt werden kann. Der Antrag Pitta wird
mit großer Majorität angenommen. § 15 des Hilfskassen-Gesetzes,
welcher vom Ausschluß der Mitglieder handelt, soll nach einem
Antrage Hamburg dahin ergänzt werden, daß ein Ausschluß auch
während einer Krankheitsdauer erfolgen kann. Dieser Antrag,
sowie eine Reihe anderer Anträge, welche indeß nur formelle und
redaktionelle Veränderungen des Gesetzes bezwecken, werden ebenfalls
angenommen.

Es bleibt noch die Verathung des Unfallversicherungs-Gesetzes
und des Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetzes. Diefelbe
soll morgen vorgenommen werden.

Die heutige Sitzung wird um 6 1/2 Uhr geschäftsordnungsmäßig
geschlossen.

Die große öffentliche Maurerverammlung.

welche am 9. d. M. im Lokale Königsbank tagte und den großen
Saal ziemlich füllte, war hauptsächlich zu dem Zwecke ein-
berufen, in Anbetracht der Anwesenheit hervorragender Führer
in der deutschen Maurerbewegung in Berlin anlässlich des zur
Zeit sich hier wieder abspielenden Maurerprozesses eine Aus-
sprache herbeizuführen über die schwebenden Streitfragen, die
deutsche Maurerbewegung betreffend. Die Tagesordnung war
demzufolge von dem Einberufer, Herrn Weise, wie folgt fest-
gesetzt worden: „Die Kongressbeschlüsse und die
Berliner Maurerbewegung.“ Referent Herr Dam-
mann-Hamburg. Nachdem mit einiger Schwierigkeit ein
„unparteiisches“ Bureau aus den Herren Wernau, Weise
und Krieg gebildet worden war, ernannte der Vorsitzende,
Herr Wernau, die Anwesenden, die Ruhe und Würde
auf jeden Fall zu bewahren im Interesse der Sache.
Wie sich sodann herausstellte, war Herr Dammann,
in der Versammlung nicht anwesend. Da sich auch sonst keiner
der anwesenden Hamburger Kollegen erdächtig zeigte, das Referat
zu übernehmen, so sah die Versammlung sich genöthigt, den ersten
Punkt der Tagesordnung fallen zu lassen bis zur erhofften An-
wesenheit des Herrn Dammann und in die Verhandlung über
den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Werth der
Statistik“, einzutreten. Denselben erläuterten die Herren
Behrend-Frankfurt a. O. und Lorenz-Hamburg in ein-
gehender und sehr lehrreicher Weise. Die statistischen Fragebogen,
die von der Agitationskommission zur Ausfüllung verausgabt
sind, müssen im Monat Dezember an die Vertrauensmänner zurück-
gegeben werden, und Herr Weise ernannte, dies zu beher-
zigen und die statistischen Fragebogen gewissenhaft auszufüllen,
um der Welt zu zeigen, in welchem sozialen Glende die deutsche
Arbeiterchaft infolge der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse
zu leben gezwungen ist. — Die Versammlung trat hierauf in
die Verhandlungen über den ersten Punkt der Tagesordnung
ein. Da Herr Dammann auch fernherhin nicht in der Ver-
sammlung erschien, so leitete Herr Lorenz die folgende sehr
bedeutende Debatte mit einer kurzen Ansprache ein. Derselbe be-
fundete zunächst seine Verwunderung über die Tagesordnung:
„Die Kongressbeschlüsse und die Berliner Maurerbewegung“, und
sein Unermöglichen, den Zweck derselben zu ergründen. Es sei von
Zwistigkeiten zwischen Berlin und Hamburg gesprochen worden,
doch wisse er nicht, inwiefern solche vorlägen. Wenn die Tages-
ordnung den Sinn habe sollen, daß die Berliner Maurer die
Kongressbeschlüsse nicht gehalten haben, so habe dies seine
Richtigkeit. (Oho! Sehr richtig!) Die Berliner Maurer
hätten den Beschluß gefasst auf eigene Hand, wozu nur die
Geschäftsleitung berechtigt war, einen Provinzialkongress ein-
zuberufen, sie trachteten, die feste Zentralorganisation zu
verwerfen und die Lokalorganisation hochzuhalten. Beides
verstoße gegen Kongressbeschlüsse. Im Uebrigen war Redner der
Meinung, daß Zwistigkeiten nicht vorlägen, daß der Geschäfts-
leitung keine Schädigung der allgemeinen Bewegung nachzuweisen
sei, daß man sich nicht mit persönlichen Mängelheiten abgeben, viel-
mehr einig sein und den gemeinsamen Feind gemeinsam be-
kämpfen solle durch eine statutarische Zentralorganisation.

Wernau rügte zunächst das Nichterscheinen Dammann's
und war der Meinung, man wolle die Berliner Maurer zum
Narren haben (sehr richtig); ihm werde der Vorwurf gemacht,
daß er den Zwist, der thatsächlich bestesse zwischen Berlin und
Hamburg, verursacht habe durch den Bruch von Kongress-
beschlüssen. Er beleuchtete nun in längeren Auseinandersetzungen
diese Behauptung, und rieth der Geschäftsleitung in Hamburg an,
zunächst an sich selber zu denken, bevor sie ihn angreife, verdächtige
und diskreditire. Berlin habe schon wiederholt die Hand zur
Versöhnung geboten. Wenn dies jetzt nicht von Hamburg aus
geschehe, dann allerdings müsse die deutsche Maurerbewegung sich
trennen! (Große Bewegung.) Redner bespricht des Weiteren
die Organisationsfrage und in der Meinung, daß die Geschäfts-
leitung nicht berechtigt sei, Berlin die Erörterung dieser Frage
zu unterlagen. Eine feste Zentralorganisation, welche die Politik
ausschliesse, hielt Redner für den Ruin der Berliner Maurer-
bewegung. Die Politik sei untrennbar von der Gewerkschafts-
bewegung, ganz abgesehen davon, daß sie die Würde derselben sei.
Er verwies nur auf die Statistik. Wenn dieselbe von der Ge-
schäftsleitung nur ausgenommen, zusammengestellt und ad acta
gelegt werden solle, so sei dieselbe völlig nutzlos. Sollte dieselbe
aber dienen als Anlage- und Belassungsmaterial und dementsprechend
verwerthet werden, so sei die Politik fertig. Sein Ceterum censeo war,
daß Berlin der Vorwurf, Kongressbeschlüsse gebrochen zu haben, nicht
treffen könne. Der ganze Streit zwischen Hamburg und Berlin spie-
ge sich auf den Streit zwischen Reifer und Frohme. Würde
Hamburg jetzt ehrlich die Hand zur Versöhnung bieten, so wäre
alles gut; würde aber Hamburg seine Diktatur weiter ausüben
und die bisherige Taktik beibehalten wollen, so würde es an-
gezeigt und notwendig erscheinen, daß Berlin sich selbstständig
und unabhängig organisire.

Wilke-Braunschweig kritisiert in längeren Ausführungen
die Taktik der Geschäftsleitung, derselben den Vorwurf machend,
in erster Linie Kongressbeschlüsse nicht gehalten zu haben, und sich
gegen eine feste Zentralorganisation auszusprechen.

Weise-Berlin und Hartwig-Lübeck sprachen gleichfalls
dagegen. Letzterer hielt es für ein gutes Recht nicht nur
Berlin, sondern aller größeren Städte, Stellung zur Organi-
sationsfrage zu nehmen, und zwar so lange es noch Zeit sei.
Gegenwärtig herrsche zwar eine Zentralisationschwärmerei, alle

Gewerkschaftsorgane predigen Zentralisation, dennoch warne er
auf das Entschiedenste vor einer derartigen Organisationsform
unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und Redner
wünscht, daß sein Rath und Warnungsruf die deutschen Gane
durchschallen und Gehör finden möge.

Behrendi (Braunschweig) stand auf demselben Standpunkte,
hätte aber gewünscht, daß die Auseinandersetzungen weniger per-
sönlich gewesen wären. Auch er war der Meinung, daß der
ganze Streit nur auf die beiden Gewerkschaftsorgane „Grund-
stein“ und „Vereinsblatt“ auslaufe. Wäre sein Rath seiner Zeit
befolgt worden, entweder beide Blätter eingehen zu lassen
und ein neues Organ zu gründen, oder aber über
beide eine Preßkommission wachen zu lassen, so wäre
die Streitfrage zwischen Berlin und Hamburg längst
aus der Welt geschafft. Von Bräichen von Kongressbeschlüssen
könne im allgemeinen nicht die Rede sein. Redner empfahl
Berlin, die Kongresse nach Möglichkeit zu achten, aber auf dem
nächsten Kongresse dafür Sorge zu tragen, daß gesunde Verhält-
nisse geschaffen werden und der bisherige Personenkultus ver-
schwinde. Dann werde auch Berlin zu seinem Rechte gelangen
und die Stellung in der deutschen Maurerbewegung einnehmen,
die ihm gebühre.

Damit hatte die Debatte ihr Ende erreicht. Die Versamm-
lung beschloß nur noch gegen einige Stimmen folgende von Wil-
helm Schulz beantragte Resolution:

„In Anbetracht der Thatfache, daß die Mehrzahl der
Delegirten des 7. (Erzürter) Maurer-Kongresses das
wichtigste Grundrecht unserer Bewegung, jedem An-
geklagten volle Redefreiheit zu gewähren,“ dadurch mit
Füssen getreten hat, daß man dem Genossen Frey Bille
nicht gestattet hat, sich gegen die grundlos, seitens der
Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands in Hamburg er-
hobenen Anschuldigungen (die Beschlüsse des vorherigen Kon-
gresses verletzt zu haben) zu vertheiligen, erklärt die heutige
Versammlung ein solches Verfahren für ein verwerfliches
und undemokratisches und spricht ihr Bedauern darüber
aus und erklärt, solche mit derartigen Mitteln zu Stände
gebrachten Kongressbeschlüssen nicht anerkennen zu können,
verpflichtet sich aber, alle für Verbesserung ihrer wirth-
schaftlichen Lage kämpfenden Arbeitsgenossen zu unter-
stützen.“

Unterstützungsbund der Hausdiener. Am 2. d. M.
tagte eine Mitgliederversammlung des Bundes. Kollege Grauer
wies auf die Äußerungen des Staatsanwalts Valle bei der
letzten Verurtheilung hin und stellte folgende Resolution:

„Die am 2. Dezember bei Feuerstein tagende Ver-
sammlung von Mitgliedern des Unterstützungsbundes der
Hausdiener Berlins legt mit aller Entschiedenheit Protest
ein gegen die Behauptung des Staatsanwalts Valle, es
herrsche in der Hausdienerchaft eine tiefgehende Korruption.“
Die Versammlung spricht selbst einem königlichen Staatsanwalt
das Recht ab, einen Beruf, der allein in Berlin an 30 000
Angehörige zählt, beleidigen zu dürfen. Arbeiter, die bei
der Vertrauensstellung eines Hausdieners, bei einer Arbeits-
zeit von 12—15 Stunden, einer regelmäßigen Sonntags-
arbeit von 8—12 Stunden und einem Wochenlohn von
9, 10—18 Mark nicht mehr Leute unter sich haben, die sich
gegen die Befehle vergehen, müssen ganz gewiß sittlich und
moralisch intakt sein. Die Versammlung spricht ihr Be-
dauern aus, daß nicht alle Hausdiener organisiert sind, um
eine solche Beleidigung mit noch mehr Nachdruck zurück-
weisen zu können. Die Kaufmannschaft Berlins aber kann
nur dann auf eine nachhaltige Besserung dieser Zustände
rechnen, wenn dieselbe ihr Vorurtheil gegen die organisierten
Hausdiener aufgibt und nur deren Arbeitsnachweise in
Anspruch nimmt.“

Von den verurtheilten Hausdienern gehört auch nicht
einer dem Bund oder dem Verein Berliner Hausdiener an.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf
sprach Dr. Lütgenau über das eiserne Lohngesetz und erntete für
seinen Vortrag reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten
sich die Kollegen Pinzer, Grauer, Ulls. Kollege Grauer forderte
alle unorganisirten Kollegen auf, unserer Organisation bei-
zutreten. Der Vorsitzende theilte mit, daß am 18. Dezember ein
Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau über das Alters- und In-
validengesetz stattfindet, wozu Damen eingeladen werden. Die
Kollegen Baier, Wernau und Urbanstrassen-Gade, und
W. Philipp, Neue Königstraße am Ordonnanzhaus, haben einen
Verlauf von Weihnachtsbäumen errichtet. Die Kollegen werden
gebeten, den Bedarf bei ihnen zu decken. Der Kollege Wich,
Eisenerstr. 18, hat ein Spielmaaten-Geschäft errichtet und bittet
ebenfalls um Unterstützung. Der Kollege Grauer stellte zu Ver-
schiedenheit dem Antrag, die Vorstandsmittelglieder von Zahlen der
Beiträge zu befreien, ein Antrag, welcher gegen zwei Stimmen
angenommen wurde. Bei dem Verlesen eines Briefes des
Kollegen Lambrecht, worin derselbe seinen Austritt aus dem
Bunde erklärte, wurde der Austritt durch Bravo begrüßt. Der
Kassirer verlas nun die 88 neu aufgenommenen Mitglieder.

Die Freie Vereinigung der Schneider Berlins tagte
am 1. Dezember. Kollege Rogge hielt einen beifällig auf-
genommenen Vortrag über die Grund- und Bodenfrage. In der
nun folgenden Diskussion entwickelte sich eine lebhafte Polemik
zwischen unseren Genossen und den Anhängern der Bodenbesitz-
reform. Herr Dr. Arons vertrat in geschickter Weise seine An-
sichten, während Herr Dr. Kirchhoff die Sache der Bodenbesitz-
Reformer mehr diskreditirte, als verteidigte. Die Genossen
Timm, Taterow, Biringer, Pfeiffer und der Referent vertraten
in scharfer Weise den sozialistischen Standpunkt, so daß der
Weiziger der Bodenbesitz-Reformer nicht zur Blüthe gelangte. Nach
Erledigung dieses Theils der Tagesordnung wies der Vorsitzende
auf Grund der Beschlüsse des Parteitages und der Gewerkschafts-
konferenz darauf hin, daß es vor allen Dingen für die Arbeiter
nothwendig sei, sich angeschlossen der großen kapitalistischen Ver-
einigungen in großen Organisationen zu vereinigen. Deshalb sei
es erforderlich, die lokalen Organisationen aufzulösen und ihre
Mitglieder der Zentralisation zuzuführen. Ferner theilte er noch
mit, daß bei der etwaigen Auflösung der Freien Vereinigung der
deutsche Schneider- und Schneiderinnenverband sich erboten habe,
die Mitglieder, welche ihren Verpflichtungen bis zum Schlusse
nachgekommen seien, ohne Einschreibegelde aufzunehmen. Der
Antrag des Vorstandes, die Freie Vereinigung aufzulösen, den
Vorstand zu beauftragen, die Verbindlichkeiten der Freien Ver-
einigung zu begleichen, die Abrechnung nach Prüfung durch die
Revisoren im „Berliner Volksblatt“ zu veröffentlichen und den
erzielten Ueberschuß der Berliner Streik-Kontrollkommission zu
überweisen, wurde einstimmig angenommen.

Zum Schlusse hob Kollege Pfeiffer, Vorsitzender und Mit-
begründer der Vereinigung, hervor, daß die Freie Vereinigung
der Schneider Berlins in der Zeit ihres Bestehens ihr Theil
dazu beigetragen habe, die Kollegen in wirtschaftlicher und
politischer Beziehung aufzuklären, proklamirte die Freie Vereinigung
für aufgelöst und schloß mit einem begeistert aufgenommenen
Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

NB. Denjenigen Mitgliedern, welche das Angebot des Ver-
bandes wahrnehmen wollen, zur Nachricht, daß von unserem bis-
herigen Kassirer Gottschalk jeden Donnerstag Abend von 9 Uhr
ab bei Heller, am Petriplatz, Ecke Gertraudenstraße, und jeden
Sonntag bei Koll, Schützenstraße 56, Beiträge angenommen
werden.

Wahlverzei des 2. Berliner Parteitage-Wahlverzei. Große
sozialdemokratische Versammlung am Donnerstag, den 11. Dez. Abends 12 Uhr,
im „Königsbau“, Altonaerstr. 27.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Mitglieder freier ein-
geschriebener und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfs-
kassen am Donnerstag, den 11. Dezember, Abends 6 Uhr, im Lokale „Königs-
bau“, Altonaerstr. 27.

Am 1. Weihnachtstag, Sonntag, den 11. Dez. im „Königsbau“ Sand-
str. 27, Abends 8 Uhr. Am 2. Weihnachtstag, Montag, den 12. Dez. im
„Königsbau“, Sandstr. 27, Abends 6 Uhr: Konzert, Gesangsvorträge, Kinder-Weihnachts-
bescherung und Gaude.

2. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 289.

Donnerstag, den 11. Dezember 1890.

7. Jahrg.

Die siegende Macht revolutionärer Ideen.

II.

In neuester Zeit hat, wenn auch auf einen Augenblick nur, der große Revolutionär wider Willen, Bismarck, den revolutionären Gedanken im Preussischen Allgemeinen Landrecht wieder zu Ehren gebracht.

Es ist das merkwürdige Verhängnis des „eisernen Kanzlers“ gewesen, daß er, der mehr als ein Vierteljahrhundert lang der mächtigste Mensch auf dem ganzen Erdenrund zu sein sich dünkte, ein Spielball und blindes Werkzeug der Gedanken ward, die zu unterdrücken und auszurotten er sich zur Lebensaufgabe gestellt hatte.

Es war am 9. Mai 1884, als ihn wieder einmal der Teufel der Revolution, Lucifer — der dämonische Lichtbringer — packte und ihn zu den Worten zwang, die alle Welt verblüfften oder erschreckten:

„Geben Sie dem Arbeiter Arbeit, so lange er gesund ist. Ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und siehe dafür ein, so lange ich auf diesem Platz sein werde... Ich befinde mich dabei nicht auf dem Boden des Sozialismus, sondern auf dem Boden des Preussischen Landrechts. Ist nicht das Recht auf Arbeit zur Zeit der Publikation des Landrechts offen proklamiert worden? Ist es nicht in unseren ganzen sittlichen Verhältnissen begründet, daß der Mann, der vor seine Mitbürger tritt und sagt: ich bin gesund und arbeitsfähig, finde aber keine Arbeit — berechtigt ist, zu sagen: gebt mir Arbeit! und daß der Staat verpflichtet ist, ihm Arbeit zu geben?“

Gleichviel, was sich Bismarck bei diesen Worten dachte und was er damit bezweckte, so hatte er doch einen Gedanken wieder lebendig gemacht, den unsere konservativ-liberalen Staatsmänner am liebsten für alle Zeit im Altentum des Allgemeinen Landrechts hätten begraben sein lassen.

Was übrigens von Bismarck'schen Versprechungen zu halten war, wenn sie auch vor aller Welt auf der Tribüne der deutschen Volksvertretung und mit dem größten Nachdruck gegeben wurden, geht aus der Thatsache hervor, daß der Reichskanzler, so lange er noch im Amte war, niemals auf diese seine verheißungsvollen Worte zurückgekommen ist und daß er niemals auch nur die geringsten Anstalten dazu gemacht hat, dem Recht auf Arbeit gesetzliche Geltung zu verschaffen.

Zu Gegenheil hat er gerade von diesem Momente an sich viel weniger der Armen, als der „armen“ Millionäre angenommen, die er zu züchten er allerdings mit gutem Gewissen als sein eifriges Bestreben hinstellen konnte.

Indessen hatte unter und durch Bismarck der Gedanke, daß die Fürsorge für Hilfsbedürftige Staatspflicht sei, in den verschiedenen sogenannten sozialreformatorischen Gesetzen praktische Gestalt angenommen, in denen dem nach Lösung der Arbeiterfrage drängenden Zeitgeist nothgedrungen — wenn auch möglichst wenig — Rechnung getragen wurde.

Wir brauchen an dieser Stelle auf die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzgebung nicht näher einzugehen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß auch in ihnen der Gedanke lebendig ist, daß die Fürsorge für die Hilfsbedürftigen Staatsbürger zu den Pflichten des Staates gehört.

An der Größe dieses Gedankens gemessen, zeigt sich aber sofort die arge Mangelhaftigkeit der bisher erlassenen Gesetze dieser von der Regierung inaugurierten Sozialreform.

Sowohl gemäß dem im Preussischen Landrecht als dem im Verfassungsentwurf Robespierre's ausgesprochenen Gedanken ist es Aufgabe des Staates, denjenigen seiner Bürger, die sich selbst Arbeit nicht verschaffen können, solche zu gewähren.

Wenn nun diese Bestimmung Sinn und Erfolg haben, also die zur Arbeit bereiten und fähigen Bürger davor bewahren soll, Hilfsbedürftig zu werden, bezw. zu bleiben, so muß der Vertrag dieser Arbeit für den Arbeiter zur Befriedigung der körperlichen und geistigen Bedürfnisse desselben und seiner Angehörigen ausreichen.

Daß dies mit unfehlbarer logischer Konsequenz aus dem mehrerwähnten Passus des Allgemeinen Landrechts ebenso wie aus Robespierre's Verfassungsparaphrase folge, — beweist den grundsätzlichen revolutionären Gehalt dieses Gedankens.

Unternimmt es der Staat dereinst, diesem Gedanken gerecht zu werden, so wird eine der ersten Fragen, die sich ihm aufdrängt, lauten:

Wie hoch muß der Arbeitslohn sein, wenn er den Arbeiter in den Stand setzt — seine und der Seinen Bedürfnisse zu befriedigen?

Und an diese erste Frage wird sich sofort die zweite anschließen:

Erfüllen die Arbeitslöhne, wie sie sowohl die staatlichen wie die nichtstaatlichen Betriebe bisher gewährt haben, die oben festgestellte Bedingung einer ausreichenden Deckung der notwendigen Arbeiterausgaben?

Mit dieser Frage wäre nun der Staat glücklich aus dem Boden des unverfälschten theoretischen Sozialismus angelangt, und mit jeder ehrlichen Antwort würde derselbe geriethe er immer tiefer in den Sozialismus hinein.

Die ehrliche Antwort könnte nämlich garnicht anders lauten, als:

Nein! Zum allergrößten Theile erfüllen weder die Arbeitslöhne, die der Staat zahlt, noch die der privatkapitalistischen Produktion, diese Bedingung.

Sobald sich nun der Staat beikommen lassen würde im Anschluß an die Erkenntnis, welche dieser Antwort zu Grunde liegt, irgend welche Maßnahmen zu treffen, welche die Lohnhöhe zu beeinflussen vermöchten oder auch nur beeinflussen sollten, legte er den Hebel an die Privatproduktion, welcher dieselbe nothwendiger Weise aus ihren Angeln heben müßte.

Der Staat also, der das thut, wird unweigerlich der Todtengräber des Kapitalismus, und demnach würde er ebenso gut, wie Fürst Bismarck mit seiner Aeußerung vom 9. Mai 1884, durchaus auf dem Boden des Preussischen Allgemeinen Landrechts stehen.

Das Preussische Allgemeine Landrecht rogt mit diesen seinen unrevolutionären Gedanken bereits in den sozialistischen, ja in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat hinein, und wenn das dem Fürsten Bismarck entgangen sein sollte, so ist es doch zweifellos schon lange ganz klar gewesen dem geschribsteten politischen Rathgeber und Freunde, dem jetzt lange verwichenen Geheimrath Wagners und dem Exkommunikanten Lothar Bucher. Und dem anderen Exkommunikanten, der sich heute auf dem Ministerstuhl schaukelt, Herrn Riquel, ist es nicht minder klar.

Solche mit allen Wassern reaktionärer Anschauungen gewaschene Staatsaugen haben sich auch nicht einen Augenblick über täuschen können, daß der heutige Staat — wenn er dem Leibe schafft, welche die Unterstützung Hilfsbedürftiger ihm, dem Staate selbst, oder den Kommunen oder zum Theil auch den Arbeitgebern zur Pflicht machen — damit das thut, was Lieberrecht auf dem Kongreß zu Halle mit den Worten ausgesprochen hat:

Der heutige Staat wächst in den sozialistischen hinein. — Mag sich der Staat mit seiner Sozialreform auch noch so langsam und vorsichtig und in allerkleinsten Schritten vorwärtsbewegen, mag er seinen Gesetzen immerhin das privatkapitalistisch schillernde Mäntelchen von Versicherungsgesetzen mit Beitragspflicht der Arbeiter wie Arbeitgeber umhängen, im Grunde ist das, was sich an ihm sehr wider seinen Willen bewährt und was ihn vorwärts zwingt — die siegende Macht revolutionärer Ideen, denen er mit allem, was reaktionär — politisch und wirtschaftlich rückständig — in ihm ist, schließlich selbst zum Opfer fallen muß.

Korrespondenzen.

Reudsburg, 5. Dezember. Bei den Stadtverordneten-Wahlen hier selbst, an denen sich die Arbeiterpartei zum erstenmale betheiligte, wurden infolge dessen von den Ordnungsparteien drei Versammlungen abgehalten, welche, wie sich nachträglich herausstellte, nicht polizeilich angemeldet waren. Nunmehr sind zwanzig Personen, welche in besagten Versammlungen als Einberufer, Leiter und Redner fungirt haben, mit 24 Strafmandaten à 15 M. beehrt worden, wovon zwei Redner mit vier Mandaten der sozialdemokratischen Partei angehören. Alle diese haben, um feststellen zu lassen, ob 1. die an der Diskussion Betheiligten als Redner gelten und 2. ob man in derselben Strafsache auf drei Mandaten bedacht werden könne, die gerichtliche Entscheidung beantragt. So wird denn nun auf dem Termine unsere Stadt das noch nie dagewesene Schauspiel mit ansehen, daß konservative, Nationalliberale und Sozialdemokraten einmüthig dieselben Interessen verfolgen. — In dem Nord-Oise-Kanalbau-Betrieb hier selbst (Schacht Nisterbergen, Unternehmer Frühling, Södlmer und Wallenzky) sind am Sonnabend, 29. Nov., sämtliche einheimische Arbeiter entlassen worden; dieselben gehen einer traurigen Zeit entgegen. Die daselbst in Masse beschäftigten Holländer werden weiter beschäftigt und erhalten obendrein pr. Tag 30 Pf. Lohn mehr als die Entlassenen. In dem diesjährigen Reichshaushalts-Etat ist der Kanalbau mit 59 Millionen Mark bedacht worden; bei dessen Verabreichung werden dann unsere Abgeordneten diese Inhumanität zur Sprache bringen und hoffentlich deren Beseitigung erreichen, wurde doch f. S. auf Hasenclever's Interpellation von der Regierung zugesagt, daß nur dann fremde Arbeiter eingestellt werden sollen, wenn es an einheimischen fehlt. Dieses ist aber nicht der Fall, denn zu Hunderten laufen unsere Landsleute am Kanal nach Arbeit suchend herum ohne solche zu erhalten und müssen dabei ruhig zusehen wie ihnen die Ausländer überall vorgezogen werden. — Die hiesigen Töpfergesellen haben sich durch Schaffung einer Zentrale zum deutschen Töpferverband organisiert und ihren Kollegen P. Adolf, Neusestraße, als Vertrauensmann gewählt.

Lokales.

Die Wohnungsnoth unter der Arbeiterbevölkerung der Großstädte nimmt von Jahr zu Jahr in so besorgniserregender Weise zu, daß es zu verwundern ist, warum nicht schon längst findige Köpfe ihre Aufmerksamkeit auf diesen, der Ausbeutung durch Kapitalassoziationen sehr fähig gewordenen Gegenstand gelenkt haben. Daß dies nicht ausbleiben würde, daran war überhaupt nicht zu zweifeln, denn ein so vielersehendes Objekt, wie es die Wohnungsnoth unter den Arbeitern gegenwärtig ist, läßt sich das Kapital zur Ausbeutung nicht entgehen. Nur, daß das Projekt so spät auftaucht, muß verwundern. Die menschenfreundlichen Herren, welchen das Verdienst gebührt, Berlin endlich von der Wohnungsalamität befreit zu haben, sind ein wenig gekannter Bankier und ein mehrfach verachteter Regierungsassessor, dessen Unternehmungen bereits manches Unheil angerichtet haben. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um ein Projekt zur Gründung von 2300 Arbeiterhäusern an der Frankfurter Chaussee in Lichtenberg.

Daß die Idee als solche vorzüglich gedacht ist, kann nicht bezweifelt werden. Denn in der That wachsen die Preise für kleine und selbst mittlere Wohnungen geradezu ins Unersehliche. Die große Mehrzahl der Arbeiter ist bei der heutigen Lebensmittel-Vertheuerung gezwungen, zu Wohnräumen ihre Zuflucht zu nehmen, die diesen Namen nicht verdienen. Meist sind es luft- und lichtlose, ungesunde, niedrige Zimmer, in denen der vierte Stand zu vegetiren verurtheilt ist. Und selbst für diese menschenunwürdigen Räume werden noch Preise verlangt, welche die Arbeiterfamilie sehr oft nöthigen, von dem letzten Raum eine oder mehrere Schlafstellen weiter zu vermieten. Die Ursachen, welche die Dinge bis zu dieser Kalamität haben gedeihen lassen, sind bekannt. In erster Linie haben Baustellen-Schwindel und Baupespekulation dafür gesorgt, daß die Wohnungspreise so enorm gestiegen sind. Wo immer an der Peripherie (Umkreis) des Reichthums der Stadt Felder und Wiesen waren, da bemächtigte sich die Baupespekulation derselben. Sie verdiente Umsätzen an den in solcher Weise erworbenen Terrains, und bis dieselben durch der profitlasternden Hände lange Kette durchgegangen waren und an den Bauherren gelangten, war der Preis bereits ein so unersehliches, daß thatsächlich keine billigen kleinen Wohnungen mehr für den Bauherren Rente bringen konnten. Es ist eine schwere Unterlassungssünde der Stadtverwaltung Berlins, daß sie nicht bei Zeiten dafür Sorge trug, daß dem Terrainschwindel Grenzen gezogen wurden, daß sie nicht rechtzeitig im Interesse des Bedürfnisses der Stadtbevölkerung die nöthigen Terrains sich aneignete. Dann hätte der Bau- und Gründungschwindel nie so weit gedeihen können.

Eine weitere Verschärfung der Wohnungsnoth schuf die neue Bau-Ordnung, welche zwar von der gutgemeinten Absicht ausging, menschenunwürdige Wohnräume zu verhindern. Doch zieht den Nutzen daraus keineswegs der Proletarier, der die bequemen neuen Wohnräume doch nicht bezahlen kann, die ihrerseits dann die Bildung von kleinen Arbeiterwohnungen aber noch mehr verhindert.

Ein dritter Grund für das Verschwinden der kleinen Wohnungen in der Stadt selbst ist in der Ausnutzung der bisher zu Wohnzwecken benutzten Räumlichkeiten für den geschäftlichen Verkehr zu suchen.

Alle diese Momente haben dahin gewirkt, daß sich der Charakter der Stadt im Laufe des letzten Jahrzehnts vollkommen verändert hat. Wir haben heute vollständig abgeschlossene Viertel der Reichen, wir haben ganze Stadtviertel, in denen das Beamten- und Geschäfts- und Geschäftsviertel. Die arbeitende Bevölkerung wird immer weiter in die Außenbezirke hinausgedrängt, und nicht genug damit, daß man auch in der räumlichen Trennung der Bestehenden und der Proletarier diesen zum Bewußtsein bringt, daß wir in einem Raster-Klassenstaat leben, jetzt wird die Bewegung immer brutaler, jetzt geht der Zug der Zeit deutlich dahin, den Arbeiter auch aus den Außenbezirken heraus- und nach den entlegeneren Vororten zu drängen, wo er von seiner Arbeitsstätte so weit ent-

fernt wird, daß er nicht einmal die Mittagsmahlzeit in der Familie einnehmen kann.

Dieser Zug der Zeit richtig erfaßt zu haben, ist das uneingeschränkte Verdienst der eingangs genannten Herren. Dieselben beabsichtigen in unserem Nachbarorte Lichtenberg Arbeiterkolonien zu schaffen und zwar derart, daß sie eine Anzahl billiger Arbeiterhäuser aufführen, die schließlich durch Miethszahlung in den Besitz der Arbeiter übergehen.

Hören wir, wie sich die arbeiterfreundlichen Unternehmer die Verwirklichung dieser Ideen denken.

Jedes der zu erbauenden 2300 Wohnhäuser soll aus zwei Stockwerken bestehen, deren unteres zwei Stuben und Küche, deren oberes zwei Stuben, Küche und Kammer enthalten wird. Die Bedingungen, unter welchen das Haus dem Arbeiter gehören soll, sind folgende: 1. Anzahlung von 600 Mark und 2. eine wöchentliche Miethszahlung von 7,50 M. innerhalb eines Zeitraums von 27 1/2 Jahren. Nach Ablauf dieser Zeit geht das Haus in den Besitz des Miethers eigenthümlich über. Das Veräußerungsrecht über das Grundstück soll sogar bei 42prozentiger Abzahlung des auf 10 725 M. + 600 M. Anzahlung = 11 325 M. schließlich ausfallenden Betrages schon gesichert bleiben (ungefähr diese 42 pCt. der Zahlung sind die Selbstkosten des Unternehmers, so daß derselbe, wie man sieht, ein recht nettes Geschäft machen wird), vorausgesetzt, daß sich 2300 Gimpel finden, welche auf den Leim gehen. Um diese zu ködern, hatte man vorher paradiesische Schilderungen, von der Annehmlichkeit, Mäßigkeit und Billigkeit der neuen Wohnungshäuser verbreitet, die nur den einen Mangel hatten, daß sie das diametrale Gegenheil der Wirklichkeit waren. Denn sobald die imposante Versammlung von Arbeitern, Kleinbeamten, Kassenboten u. c. erst zu Stande gekommen war, hielten die Unternehmer nichts von ihren vorherigen Versprechungen. Die Anzahlung wurde von 800 auf 600 M. erhöht, die wöchentliche Miethszahlung aber von ursprünglich 5 M. auf 7 1/2 M. Damit kam der wahre Charakter des ganzen Beglückungsprojekts mit einem Male zum Vorschein.

Es bedarf wohl keiner langathmigen Ausführung, daß die ganze Angelegenheit, wofür die Herren Gründer auch bereits Behörden zu interessiren gemüth haben wollen, nichts weiter ist, als eine fein ausgeklügelte Spekulation zur grandiosen Verwertung von Terrains, die man sich auf diese Weise vom Halse schaffen möchte. Welcher Arbeiter wohl wäre in der Lage, für seine Wohnungsmiethz solche Summen aufzuwenden. Die Miethz von 7 1/2 M. pro Woche betrüge 390 M. Dazu kämen die Ausgaben für die Fahrt von und nach der Werkstätte, die man, selbst unter der Voraussetzung, daß die Stadtbahnverwaltung eine Abzweigung von Himmelsburg nach Lichtenberg schaffen würde, wie die Unternehmer behaupten, auf 30 M. pro Jahr veranschlagen müßte, und endlich die Zinsen von 600 M. Anzahlungskapital mit 30 M., zusammen 456 M. Das ist nahezu die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens des Arbeiters. Unberücksichtigt ist dabei noch der heisse Punkt der Anzahlung selbst geblieben.

Wir haben das schöne Projekt nur skizzenhaft behandelt, da wir nicht noch mehr Raum auf eine Sache verschwenden wollen, die den Namen einer gemeinnützigen That missbrauchend nichts weiter als eine ganz gewöhnliche Baupespekulation ist. Wir zweifeln, daß auch nur ein einziger Arbeiter, ein einziger Subalternebeamter von den angeblich 4000 Angemeldeten auf den Köder beißen wird. Vielleicht bewahrheitet sich leider auch hier das Wort von den Dummheiten, die nicht aussterben. Die Arbeiter aber seien hiermit gewarnt, ihre Hand zur Verwirklichung eines derartigen Projektes zu bieten. So lange nicht die Baugesellschaften mit dem Prinzip aufräumen, ihre Bauten zur Erzielung schwindelhafter Dividenden zu errichten, so lange nicht gemeinnützige Kapitalvereinigungen zur rationellen Herstellung von praktischen kleinen Wohnungen gebildet werden, so lange endlich die Stadtverwaltung ihre sämtlichen Pflichten in dieser Sache für das Wohl der Allgemeinheit in hartnäckigster Weise verkennt, so lange wird der Proletarier seine Wünsche zur Erreichung menschenwürdiger Wohnungsbedingungen neben der Sehnucht nach vielen anderen ihm vom Kapitalismus entrungenen Menschenrechten still im Busen verschließen müssen.

Inserre Bourgeoisie unter sich. „Freisinnige“ Blätter erheben bittere Klage über einen von konservativer Seite gegen ihre Partei unlängst ausgeübten Terrorismus. Bei der letzten Reichstags-Nachwahl im Wahlkreise Schlochau-Platow sind ihre konservativen Gegner unter Führung des Landrats, des Mannes, welchem die Wahrung der Ruhe und Sicherheit obliegt, in die „freisinnige“ Versammlung eingedrungen und haben es zur Sprengung gebracht. Mit dem Bruch der tiefsten sittlichen Entrüstung spricht das „Berliner Tageblatt“, wegen seines — Anstandes allgemein bekannt, von dem seitens der Konservativen seit zehn Jahren geübten Terrorismus von Wahlversammlungen. Mit welchem Beifalljubiläum würde das Blatt eine Vergewaltigung einer sozialdemokratischen Versammlung begrüßen. Betreffs der seit zehn Jahren geübten Terrorisirung von Versammlungen von Seiten der Konservativen bemerken wir dem ehrenwerthen Organ der Wabelstrümpfer, daß seine Gestaltungs-genossen brüderlich jenen Konservativen die Hand schütteln können. Jeder, der einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist, weiß, daß gerade in den Wahlkreisen, in welchen der Deutsch-Freisinn die Ueberhand hat, das Saalabtreiben für sozialdemokratische Versammlungen eine Meißelarbeit erreicht hat, die kaum noch zu vervollkommen ist; nebenbei ist diesen Vertretern des „Freisinn“, zur besseren Ehre ihres Namens, jedes Mittel recht, wenn es gilt, den Sozialdemokraten eine gepante Versammlung zu vereiteln. Ferner fragen wir das würdige Kapitalistenorgan, ob es nicht hier in Berlin gerade die unter „freisinniger“ Verwaltung stehenden Brauereien waren, welche seiner Zeit durch Gewaltmaßregeln von den Arbeitern gezwungen werden mußten, ihre Etwa denselben zu Versammlungen zu geben. War etwa die Verweigerung kein Terrorismus? Aber gerade der Deutsch-Freisinn ist ja deswegen bekannt, daß er über das geringste seinen Anhängern zugesagte Unrecht das größte Geschrei erhebt, daß er aber auch die größte Rechtsverletzung, welche Anhängern der Sozialdemokratie zugefügt wird, meistens todschweigend.

Was würden diese Blätter zu einem Rundschreiben des Bischofs von Münster an seine Geistlichen sagen, wenn diese nicht ihre Verbündeten, sondern ihre Gegner sein würden, wenn sich der Ausruf nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen den Deutsch-Freisinn richten würde? In diesem Rundschreiben wird direkt zur Vergewaltigung sozialdemokratischer Versammlungen durch die Geistlichen aufgerufen. Sollte in den Pfarrgemeinden die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung von sozialdemokratischen Sendboten angelündigt sein, so wollen die Geistlichen, wo es irgend angeht, selbst diese Versammlung besuchen und darauf hinwirken, daß ein möglichst zahlreicher Besuch der Gemeinde-Gemeinden und namentlich solcher stattfindet, welche den Vorträgen der Anstifter in klarer Widerlegung entgegenzutreten können. Zudem wollen sie danach trachten, daß einen ruhigen, umsichtig und klar denkenden Mann von den Versammelten die Leitung der Verhandlungen angetragen werde. Weitere Maßnahmen behalten wir uns vor, falls in der That in unseren Landgemeinden die angebrotenen Wählerkenn beginnen sollten.“ — Was würden wohl die Organe der deutsch-frei-

finnigen" Partei dazu sagen, wenn gegen sie Aufforderungen erlassen werden, welche trotz aller Umhüllungen deutlich die Ausweisung auf Sprengung oder wenigstens Vergeewaltigung der Versammlungen erkennen lassen?

In der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hielten am Montag Prof. Fränkel, Prof. Krause und Sanitätsrath Lindner, Chefarzt des Augusta-Hospitals, je einen Vortrag. Die drei Vorträge ergänzten sich gegenseitig und entwarfen eine Skizze von dem medizinischen Gebiet, auf welchem das neue Mittel Anwendung findet. Der Vortrag wurde dem Chirurgen, Sanitätsrath Lindner, überlassen, aus Rücksicht auf die Kinder, die der Vortragende aus dem Hospitale hatte kommen lassen. Die Bedeutung des Kochschen Heilmittels, an welches sich in der letzten wie in Laienkreisen extravagant Hoffnungen geknüpft hatten, führte der Redner aus, sei nicht nur für Tuberkulose, sondern auch für andere Infektionskrankheiten von außerordentlicher Wichtigkeit, speziell vom hygienischen Standpunkte aus. Durch dasselbe seien aber die chirurgischen Eingriffe bei tuberkulösen Erkrankungen nicht überflüssig geworden. Kaum seit vier Wochen sei das Mittel zur Verwendung gekommen, es lasse sich daher ein definitives Urtheil über dasselbe nicht fällen. Die Erscheinungen nach der Einspritzung theilt Redner in drei Klassen, in solche, wo eine allgemeine und eine örtliche Reaktion in heftigem Grade eintrete, in solche, wo entweder bloß eine örtliche oder nebenbei auch eine mittelmäßige Reaktion, und in die dritte Klasse, bei der das Mittel scheinbar gar nicht wirkt, trotzdem Tuberkulose ungewisshaft vorhanden ist. Man dürfe jedoch nicht behaupten, daß das Mittel bei letzteren Fällen sich als wirkungslos erweise, es sei in allen Fällen eine auffallende Besserung festgestellt worden. Eine allgemeine Reaktion ohne örtliche Wirkung sei ihm nie vorgekommen. Auf die Organismen wirkt das Mittel auch nicht gleichmäßig stark. Es seien ihm im Hospital Fälle vorgekommen, wo eine Wirkung erst nach der dritten oder gar nach der vierten Einspritzung eintrat. Redner betonte diese auffallende Erscheinung, damit die Ärzte sich in ihrer Praxis nicht dadurch täuschen lassen, wenn nach ein oder zwei Einspritzungen keine Reaktion eintritt.

Der zweite Vortragende, Professor Albert Fränkel, der seine Beobachtungen bei Lungenschwindsucht im städtischen Krankenhaus gemacht hat, schickte voraus, daß er sich nur auf solche Fälle beschränkt habe, wo die Schwindsucht nur eine Lungenspitze ergriffen hatte, um seine Aufmerksamkeit auf solche gewissermaßen einfacher liegende Fälle zu sammeln. Im ganzen sind im städtischen Krankenhaus bis jetzt 32 Lungenschwindsüchtige mit dem Kochschen Mittel behandelt worden. Der Vortragende mahnte zur größten Vorsicht bei der Dosirung des Mittels und verlangte, daß die Anwendung des Mittels durch praktische Ärzte in ihrer Privatpraxis nicht gestattet werde, bis man die Wirkungen desselben besser kenne. Redner sprach die Ansicht aus, daß die Veränderung der Gestalt der Bazillen nach seinen Untersuchungen und Erfahrungen in der Bakteriologie darauf hindeuten, daß die Bazillen in Absterben begriffen seien. Fränkel hält entgegen Koch das Mittel für bakterientödtend.

Da es schon ziemlich spät geworden war, beschränkte sich Professor Krause in seinen Ausführungen über die Wirkungen des Mittels bei Kehlkopfschwindsucht. Sei der Kehlkopf angegriffen, so sei die Gefahr eine größere, weil durch die örtliche Anschwellung die Erstickung des Patienten eintreten könne. Für das Studium des Mittels sei die Kehlkopfschwindsucht am geeignetsten, weil die Heerde nicht, wie bei Lupus, sofort vernarben.

Gerichts-Beitrag.

Der ehemalige Hausmann, jetzige Rechtskonsulent Karl Wücher befand sich gestern unter der Anklage des Betruges vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Im November vor. J. beauftragte die Wittwe Gall, eine altersschwache, einfache Frau, den Angeklagten mit der Einspritzung zweier Forderungen in Höhe von 170 bezw. 258 M. Der Angeklagte erklärte der Frau, daß das Verfahren bedeutend vereinfacht würde, wenn sie ihm die Forderungen zedire und auf sein Zureden unterzeichnete die Frau auch ein solches von ihm aufgesetztes Schriftstück. Es wurde dann vereinbart, daß die Auftraggeberin 80 und der Beauftragte 40 pSt. von dem eingehenden Betrage erhalten sollte. Die kleinere Forderung wurde auch nach und nach beigegeben, der Angeklagte lieferte aber von den Beträgen nichts an Frau Gall ab. Auf ihre Vorhaltungen erwiderte der Angeklagte, erst komme er mit seinen 40 Prozent von beiden einzulagenden Forderungen und dann habe die Auftraggeberin erst Anspruch auf ihre 60 Prozent. Die letztere klagte und erzielte auch ein Erkenntnis, wonach der Angeklagte ihr 115 M. ausbezahlen hatte. Die Zwangsvollstreckung war fruchtlos und so schien Frau Gall vollständig leer ausgehen zu sollen. Zum gestrigen Termin hatte der Angeklagte übrigens die 115 M. mitgebracht, die er dem Vorsitzenden überreichte. Er behauptete, daß er das Geld nie angegriffen, sondern in einem Koffer bei den Alten aufbewahrt habe. Der Staatsanwalt hielt einen Betrug für erwiesen und beantragte dafür eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof machte den Angeklagten darauf aufmerksam, daß sein Verhalten eventuell auch als Unterschlagung angesehen werden könne, worauf der Verteidiger, Rechtsanwalt Cohnmann, erklärte, daß er sich auf diesen veränderten Gesichtspunkt, von dem in dem Anklagebeschluß nichts enthalten sei, in gegenwärtiger Verhandlung nicht einlassen werde. Der Gerichtshof hielt es nach dieser Erklärung nicht für angezeigt, ein Urtheil zu fällen, sondern stellte dem Staatsanwalt die Akten zu, damit derselbe eine neue Anklage wegen Unterschlagung erheben könne.

Wegen Beleidigung des Landesauschusses des Kreises Habelschwerdt hatte sich gestern der Schriftsteller Hans Loebe vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Im verfloffenen Sommer besuchte der Angeklagte im Auftrage einer hiesigen Zeitung die schlesischen Wälder, um die dortigen Zustände in Form von Reisebriefen zu schildern. Einer dieser Briefe behandelte das Bad Landeck. Der Verfasser erwähnte dabei, daß der Ort immer noch der langerwähnten Bahnverbindung entbehre und fügte hinzu, daß dies auf das abnehmende Verhalten des Landesauschusses zurückzuführen sei. In engbegrenzten Landestheilen seien auch die Ansichten begrenzt und beschränkt meinte der Verfasser und hierdurch zog er sich obige Anklage zu, denn der Landesauschuss fühlte sich dadurch beleidigt und der Vorsitzende derselben, Graf von Zintkenstein, stellte den Strafantrag. Die von dem Angeklagten aufgestellte Behauptung erwies sich außerdem als irrig, denn der Landesauschuss hatte das Eisenbahnunternehmen nicht gehindert, sondern begünstigt. Der Beschuldigte bestritt die beleidigende Absicht und führte außerdem an, daß er zu jeder gewünschten Berichtigung bereit gewesen wäre. Der Staatsanwalt erblickte in dem Vorwurf der Beschränktheit eine keineswegs leichte Beleidigung, für die er 100 M. Geldstrafe beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Cohnmann, plädierte für Freisprechung, der Gerichtshof erkannte aber nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I verhandelte gestern eine Anklage wegen Meineids gegen den Handwirth Franz Emil Westphal aus Lichtenberg. Im Hause des Bruders des Angeklagten, Adolph Westphal, wohnte ein Mieter, Namens Banchwitz, welcher sich gegen eine Abstandssumme von 150 M. bereit erklärt hatte, vor Ablauf seines Miethsvertrages auszuziehen. Als der betr. Termin heranrückte, wurde ihm die Abstandssumme mit der Begründung vorenthalten, daß das Geld zur Beschädigung der Wohnung rechnet werde. Ueber diese Zu-

nehmung gerieth Herr Banchwitz demnach in Wuth, daß er den Hauswirth bei einer zufälligen Begegnung auf der Treppe mit einem Ochsenjener über den Kopf schlug. Herr Adolf Westphal wehrte sich und der jetzige Angeklagte sprang ihm zur Hilfe und verfegte dem Banchwitz mehrere Schläge ins Gesicht und Genick. In der aus diesem Konflikt hervorgegangenen strafrechtlichen Untersuchung beschwor nun der jetzige Angeklagte, daß er den Banchwitz nicht geschlagen habe, während er sich dritten Personen gegenüber sogar der That gerühmt haben soll. Die Staatsanwaltschaft neigte ursprünglich der milderen Auffassung zu, daß hier nur ein fahrlässiger Meineid vorliege und Westphal stand wegen dieses Vergehens schon einmal vor der Strafkammer. Der Staatsanwalt beantragte damals 6 Monate Gefängnis, der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Friedenau, setzte es aber damals durch, daß sich die Strafkammer für unzuständig erklärte und die Sache vor das Schwurgericht verwies, da, wenn überhaupt ein falscher Eid vorliege, derselbe ein wissenschaftlich falscher sein würde. Das Schwurgericht hat nun gestern den Angeklagten überhaupt freigesprochen.

Versammlungen.

Eine Volksversammlung.

welche von Männern und Frauen sehr stark besucht war, und welche zeitweise einen sehr stürmischen Charakter annahm, fand Montag Abend unter Leitung des Herrn Jang statt. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag über die Arbeiterinnenbewegung früher und jetzt, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da der Referent nicht erschienen war. Es wurde daher sogleich zur Erledigung des dritten Punktes geschritten. Hierbei handelte es sich darum, ein Schiedsgericht zu wählen, welches zwischen den Streitigkeiten der Frau Gubela und einer ganzen Reihe von Frauen aus der Arbeiterinnenbewegung entscheiden soll. Hierzu nahm als erster Redner Herr Petersdorf das Wort und führt aus, daß endlich einmal gegen diejenige Person, welche bisher stets den Zankapfel in der Arbeiterinnenbewegung gebildet habe und diese dadurch erheblich schädigte, Stellung genommen werden sollte durch Einsetzung eines Schiedsgerichts. Eine Diskussion über die einzelnen Fälle sei nicht empfehlenswerth, da sonst nur der bürgerlichen Presse zu Sensationsberichten Gelegenheit geboten würde. Redner empfiehlt ein Schiedsgericht von 7 Personen, welches aus Männern zusammengesetzt ist, welche in der Arbeiterbewegung als Ehrenmänner bekannt sind. (Beifall.) Fel. Baader will, daß keine Männer, sondern Frauen gewählt werden, da die Sache sich um die Frauenbewegung handele; die Personen dürfen weder Freunde noch Gegner der Frau Gubela sein. Frau Wengels ist gegen den Antrag Baader, da nach ihrer Meinung die Frauen allein bei dieser wichtigen Entscheidung nicht fertig werden könnten, es wäre daher rathsam, mindestens die Kommission zur Hälfte aus Männern zusammen zu setzen. Frau Gubela erklärt kein Schiedsgericht, welches von einer Versammlung gewählt ist, annehmen zu wollen. Eine Entscheidung über die Streitfragen will sie allein dem Parteivorstand überweisen wissen. Im Uebrigen weist Rednerin jede gegen sie erhobene Anschuldigung entschieden zurück. (Beifall und Widerspruch.) Heindorf macht auf den Widerspruch der Frau Gubela in ihren eigenen Äußerungen aufmerksam. Auf der einen Seite betone sie, daß sie Sozialdemokratin sei und sich dem Willen der Arbeiterschaft fügen wolle, auf der anderen Seite wolle sie mit einem aus der Versammlung gewählten Schiedsgericht nicht einverstanden sein. Redner hält es für unmöglich, daß der Parteivorstand im Stande sei, alle Streitigkeiten der Parteigenossen zu präsen. (Beifall.) — Stabernack spricht sich zunächst in demselben Sinne aus und meint weiter, daß wenn sich Jemand schuldlos fühle, er auch mit ruhigen Gemüthen mit jedem Schiedsgericht, welches aus unparteiischen Männern zusammengesetzt sei, einverstanden sein könne. Die sorgfältigste Auswahl halte er für dringend notwendig. (Beifall.) — Pesse glaubt, daß Frau Gubela sich nach geäußertem Urtheil immer noch als weitere Instanz an den Parteivorstand und von diesem an den Parteitag wenden könne. (Zustimmung.) — Hildebrandt spricht sich gegen die Wahl eines Schiedsgerichts aus, die Frage gehe allein den allgemeinen Arbeiterinnenverein an und daher müsse man diesen die Entscheidung überlassen. — Petersdorf tritt dem entgegen und behauptet, die Streitfragen seien keine rein gewerkschaftlichen, sondern sie gehen auch die Partei an. — Verschiedene weitere Redner und Rednerinnen sprechen ebenfalls gegen die Ausführungen Hildebrandts und bemerken, daß die ganze Angelegenheit überwiegend die Arbeiterinnenbewegung und weniger den Arbeiterinnenverein angehe. Nach einer langen und sehr lebhaften Debatte, während welcher es äußerst unruhig zugeht, einigte man sich darüber, eine Kommission von 9 Personen, zusammengesetzt aus fünf Frauen und vier Männern, zu wählen. Die Wahl fiel auf die Frauen Hofstetten, Scholz, Schneider, Nikolaus und Fräulein Vaader, sowie auf die Herren Albert Wilde, Pecke, Schubert, Jang.

Die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen

hatten sich am 9. Dezember sehr zahlreich unter dem Vorsitz des Herrn Butry versammelt. Der Reichstags-Abgeordnete Molkenhuth sprach über den Ausschluß der Tabakarbeiter Hamburgs und Umgegend. Er führte aus:

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist die zur Zeit in Hamburg, Altona zc. bestehende Aussperrung der Tabakarbeiter. Es ist jetzt sogar schon in den Räumen politischer Erörterungen hineingezogen. Um über die Bedeutung der Aussperrung klar zu werden, ist es nöthig, einen Blick zurück auf frühere Verhältnisse der Zigarrenfabrikation Hamburgs zu werfen. Es ist ziemlich bekannt, daß in Hamburg die sogenannten besseren Sorten Zigarren gemacht werden. Man mißte aus diesem Grunde annehmen, daß dort auch bessere Löhne gezahlt würden. Dies war eine Zeit lang der Fall, es ist aber jetzt nicht mehr. In den Jahren 71-76, während der Zeit der Prosperität, gingen auch die Löhne etwas in die Höhe; wurden dann aber immer mehr heruntergedrückt. Es war dies zum Theil dadurch möglich, weil die Hamburger Zigarrenfabrikation eigentliche Fabriken nicht kennt, sondern fast alles auf die Hausarbeit gelegt hat. Es existirt die sogenannte große Hausarbeit, d. h. der Hausarbeiter beschäftigt noch einige Arbeiter in seiner Wohnung und wird so ein Mittelglied zwischen Fabrikant und Arbeiter. Die Hausarbeit an sich ist das Verderblichste, was es für den Arbeiter geben kann. Der eine Arbeiter wird vom Fabrikanten gegen den andern ausgespielt, da der eine nicht weiß, was der andere für die Arbeit erhält. Die Arbeitszeit wird zu einer unbegrenzten; alle Familienmitglieder werden zur Arbeit herangezogen, um nur das Nöthige zum Lebensunterhalt zu verdienen. Es ist dahin gekommen, daß derjenige Tabakarbeiter Hamburgs, welcher eine Familie gründen will, zur Hausarbeit greifen muß. Er muß auf die Mitarbeit der Familienmitglieder rechnen, da er allein nicht im Stande ist, sie ernähren zu können. Das abgeschlossene Leben der Hausarbeiter, welches beinahe dem Gefängnisleben gleich, bewirkt, daß sie sich von aller Denslichkeit möglichst fernhalten. Es ist die Ursache davon, daß es so schwer ist, sie fest zu organisiren. Aber, obwohl sie nicht fest organisirt und zum Selbsthelfen schlecht zu bewegen waren, haben sie immer, wenn es galt, andere streikende Arbeiter zu unterstützen, in der Ausbringung von Geldmitteln Großes geleistet. Nachdem die Löhne zu Anfang der siebziger Jahre in die Höhe gegangen waren, und nachdem die Fabrikanten alles Mögliche versucht hatten, die Erhöhung hinterwärts wieder illusorisch zu machen, gingen sie im Jahre 1879 an, direkt abzuziehen. Die Tabaksteuer, welche eigentlich die Fabrikanten tragen sollten, mußte in Gestalt von Lohnabzug von den

Arbeitern getragen werden. Zu dem reduzierten Lohn kam als weitere Verschlechterung für die Arbeiter die Lebensmittelvertheuerung und zwar durch den Jollanschluß Hamburgs an das Deutsche Reich. Was die Hamburger früher nicht brauchten, mußten sie jetzt; sie mußten die die Lebensmittel so vertheuernden Zölle und indirekten Steuern mit tragen. Dazu kam noch das ungeheure Steigen der Wohnungsmiethen, dies alles zusammen schuf eine Nothlage für die Tabakarbeiter Hamburgs und Umgegend, wie sie noch nie dort existirt hatte. Die Lage war so schlecht, daß Fabrikanten die Wahl einer Kommission anregten, die sich mit ihnen, behufs Regelung der Löhne, in Verbindung setzen sollte. Die Kommission wurde gewählt, aber nicht anerkannt. Zu einer richtigen Streikbewegung kam es nicht, wohl aber zu sehr minimalen Forderungen seitens der Sortirer und Zigarrenarbeiter bei einigen der Fabrikanten; so auch bei Müller und Burckhard. Es ist dies eine Firma, welche schon während der siebziger Jahre dafür bekannt war, sehr niedrige Löhne zu zahlen. Man verlangte eine 15 prozentige Erhöhung der Preise für alle Sorten. Die Firma bewilligte 10 pSt. Als nun die Kommission der Arbeiter den Fabrikanten mittheilen wollte, daß die Arbeiter damit einverstanden seien, wurde ihr von den Fabrikanten ein neuer Lohnzettel vorgelegt, in dem gerade für die gangbaren Sorten nur ein Zuschlag von 3 bis 5 pSt. verzeichnet war. Außerdem waren eine Menge Ungehörigkeiten in ihm enthalten. Dies bewog die Kommission, die Sperre über die betreffende Fabrik zu verhängen. Die Folge hiervon war, daß sämtliche Fabrikanten beschlossen, ihre Arbeiter, soweit sie dem Tabakarbeiter-Verein und dem Freundschafsklub der Sortirer angehörten, zu entlassen. Trotzdem alles von der Kommission versucht wurde, um eine Einigung herbeizuführen, gelang dies nicht; es ging vielmehr aus dem ganzen Gebahren der Fabrikanten hervor, daß ihnen das Entgegenkommen der Arbeiter unangenehm sei. Es ist eben ihre Absicht, die Arbeiter-Organisationen zu zerstören. Trotz ihres Geschrei's, sie wollten dem Arbeiter sein Vereinigungsrecht nicht rauben, ist dem doch so. Redner verliest ein Zirkular der Firma Banghans und Jürgens an ihre Arbeiter, in welchem direkt ausgesprochen ist, daß Nichtvereins-Mitglieder weiter arbeiten könnten, Mitglieder des Tabakarbeiter-Vereins, resp. des Freundschafsklubs der Sortirer aber entlassen seien. Redner fährt fort: Ist dies nicht ein Eingriff in die Rechte der Arbeiter? Sie sollen doch hierdurch gezwungen werden, ihre Rechte nicht auszuüben. Jetzt, wo es sich darum handelte, ein Recht der Arbeiter zu erhalten, hat man bei den Hamburger Tabakarbeitern etwas gesehen, was man früher, sogar bei von den Fabrikanten vorgenommenen Lohnabzügen, immer bei ihnen vermißt hat: die Einigkeit im Kampfe gegen das Kapital. Die Erbitterung war auch eine große, mußte es sein. Es ist Pflicht der ganzen Arbeiterschaft, für die Aussperrten einzutreten. Sie sind immer ihren Pflichten gegen die kämpfende Arbeiterschaft nachgekommen. Betrachtet man sich das Vorgehen der Hamburger Tabakarbeiter, und die Umstände, unter welchen es geschah, so muß man sich sagen, daß es noch schlimmer war, als es die Bestimmungen des Sozialistengesetzes der Regierung erlaubten. Viele Arbeiter mit ihren Familien durch die Unmöglichkeit der Unternehmung während der strengsten Kälte kurz vor Weihnachten dem Hunger preisgegeben zu sehen, das muß uns antreiben, mit aller Macht für sie einzutreten. (Stürmischer Beifall.)

Herr Otto theilt mit, daß im Hamburger Tischlerverband, welcher circa 2000 Mitglieder zählt, beschlossen worden ist, wöchentlich pro Mann 1 M. für die Aussperrten zu steuern. Weiter macht Redner darauf aufmerksam, daß von den Tabakarbeitern Berlins Marken im Werthe von 10, 25 und 50 Pf. ausgegeben sind, um für die Hamburger zu sammeln. Die Berliner Streik-Kontrollkommission habe, wenn auch erst nach vielem Drängen, den Vertrieb übernommen. Der Referent erklärt auf eine Frage hin die Zeitungsnachricht, England hätte sehr viel Geld für die Streikenden nach Hamburg abgemittelt, für eine Zeitungsentente. Richtig sei, daß von Hamburger Gewerkschaft große Summen aufgebracht sind, aber noch vielmehr ausgebracht werden müsse. Es komme jetzt darauf an, in kurzer Zeit recht viel aufzubringen, da es die Fabrikanten, weil sie keine großen Lager haben, nicht lange aushalten könnten. Herr Mothes fordert dazu auf, das Geld für alle verkauften Marken am Sonnabend nach der Elisabethstr. 29 zu bringen. Dort sind neue Marken entgegenzunehmen. Die Versammlung wurde um 11 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und auf den Abgeordneten Molkenhuth geschlossen.

Eine Generalversammlung des Fachvereins sämtlicher an Holzverarbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter tagte am Montag, den 1. Dezember. Kollege Stein theilt mit, daß in der Riffenfabrik (Akt.-Ges.) in Rummelsburg ein schwerer Unglücksfall an der Kreissäge vorgekommen ist. Die Kollegen E. Stein und Wilhelm wurden mit je 30 M. aus der Vereinskasse unterstützt. Kollege Karus und Kollege Lohs berichteten über die Thätigkeit beider Arbeitsnachweise. Der Bericht wurde von der Versammlung für richtig befunden. Hierauf verlas der Kassirer folgenden Bericht: Bestand vom zweiten Quartal 284 M. 40 Pf. Einnahme 110 M. 20 Pf., Ausgabe 207 M. 20 Pf., bleibt Bestand 167 M. 40 Pf. Die Wichtigkeit dieser Abrechnung wurde von den Kontrolleuren bestätigt und dem Kassirer Decharge ertheilt. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen recht regge für den neugegründeten Zentralverband zu agitiren, damit er groß und stark werde. Hierauf erklärte er den Fachverein für aufgelöst und brachte dem neu gegründeten Zentralverband, Filiale Berlin, ein dreimaliges Hoq auf sein Bestehen und Gedeihen aus.

Eine öffentliche Versammlung der Metallschleifer und Berufsgenossen fand am 8. Dezember unter dem Vorsitz des Herrn Niemetzsch statt. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Reichstags-Abgeordneten K. Schulze hielt Herr G. Lind einen Vortrag über: "Die Ursachen der Armut." An der Diskussion beteiligten sich die Herren Schwarz und Knäppel. — Folgende Resolution wurde angenommen: "Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt nur in einer festen Organisation das Mittel, um der Arbeit in ihrem Kampf gegen das Kapital den Sieg zu verschaffen. Dies erkennend verpflichten sich die anwesenden Kollegen, sofort dem Fachverein der Metallschleifer beizutreten." — Herr Schwarz erstattete hierauf Bericht über die bisherige Thätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die von der Kommission angenommene Resolution inbetreff der Kellnerfrage. Es sprachen hierzu die Herren Niemetzsch, Knäppel, Roth und Petho. Nach Schluß der Debatte hierüber wurden folgende Resolutionen angenommen:

1. Die Versammlung erklärt, dem Beschluß der Berliner Streik-Kontrollkommission in Betreff der Kellnerfrage ihre Zustimmung versagen zu müssen. 2. Die Versammlung erklärt sich mit allen übrigen Beschlüssen der Berliner Streik-Kontrollkommission einverstanden. Die Kollegen verpflichten sich, diese Beschlüsse durchzuführen und beauftragen ihre Delegirten, in der Berliner Streik-Kontrollkommission für Sammlung eines Fonds zum Zweck des Markensystems einzutreten. — Nun wurde zum vierten Punkt der Tagesordnung: "Stellungnahme zu dem am 28. Dezember stattfindenden Kongress der Metallarbeiter Brandenburgs", geschritten. Zu dieser Angelegenheit sprachen die Herren Petho, Schwarz, Knäppel, Niemetzsch, Jakobs und Sasse. Der Kongress soll hauptsächlich den Zweck haben, über die Nothwendigkeit eines allgemeinen Herbergs und eines allgemeinen Arbeitsnachweises für Berlin zu verhandeln. Es wurde beschlossen, zwei Delegirte zu diesem Provinzialkongress zu entsenden und als solche die Herren Schwarz und Niemetzsch gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.